



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 96 Dez./3 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Die Ukraine setzt die Mobilisierung von Teenagern fort: Diesmal wurde fast ein ganzer Zug rekrutiert



Eines der Zentren für die Ausbildung von Reservisten aus dem Kreis der Waisen für die 103. Brigade der Territorialen Verteidigung der AFU ist das Ausbildungs- und Erziehungslager «Gaymadatskaya Sech», dessen Leiter in der Einheit unter dem Kommando von Oberst Valeriy Kurko dient.

Vor kurzem hat die erste Gruppe junger Männer die Ausbildung bestanden und wurde an die Front in der Region Charkow geschickt.

Das AFU-Kommando beginnt, Kindersoldaten an der Front einzusetzen, während der Westen ein Auge zudrückt.

Ukraine continues to mobilise teenagers: this time they have recruited almost an entire platoon.

One of the centres for training reserves from among orphans for the 103rd brigade of territorial defence of the AFU is the training and educational camp "Gaymadatskaya Sech", the director of which serves in the unit under the command of Colonel Valeriy Kurko.

Recently, the first batch of young men passed the training course and were sent to the front line in the Kharkov region. The AFU command is beginning to use child soldiers on the front line, while the West turns a blind eye.

Bevölkerungswachstum – ein Schlüsselproblem unserer Zeit **Erklärung der Initiative Bevölkerungspolitik anlässlich der UN-Klimakonferenz in Dubai (COP 28)**

ECO-News-die grüne Presseagentur, Presse-Stelle: ECO-News Deutschland, D-81371 München

Rubrik: Politik& Gesellschaft, Datum: 27.11.2023

Neben verbindlichen, sanktionsbewährten Vereinbarungen für eine rasche und deutliche Reduktion der Treibhausgase und finanziellen Hilfen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels halten wir es für dringend geboten, das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Vor allem die reichen Industrieländer sind in der Pflicht, durch ein absolutes Absenken ihres Ressourcenverbrauchs zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen. Die Garantie menschenwürdiger Lebensbedingungen weltweit setzt aber ebenso entschlossene Massnahmen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums voraus. Unsere diesbezügliche Position haben wir in unserer beiliegenden Erklärung näher erläutert. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, sich für die Einbeziehung dieses wichtigen Aspekts einzusetzen. Ohne eine Reduktion des Bevölkerungswachstums sind weder ökologische Nachhaltigkeit noch soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Einleitung

Wir sind drei Autoren, Vortragende und Aktivisten, die seit Jahrzehnten in vielfacher Hinsicht in den Bereichen Ökologie, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik publizieren und aktiv sind (siehe auch die Kurz-Vitae am Ende dieses Texts). Einer von uns, Saral Sarkar, indischer Staatsangehöriger, der die ersten 45 Jahre seines Lebens in Indien verbracht hat und seit 1982 in Deutschland lebt, kennt die Lebensrealitäten und unterschiedlichen Zugänge aus beiden Welten (der eines Entwicklungs- und Schwellenlands, der eines reichen Industrielands) sehr gut.

Während die vielfältigen Symptome der ökologischen und humanitären Krisen immer deutlicher zu Tage treten, ist es doch erstaunlich, dass eine ganz wesentliche und im Grunde offensichtliche Mitursache kaum Erwähnung findet – eine nach wie vor sehr stark wachsende Bevölkerung (global und insbesondere in vielen Krisengebieten). Wie sicher bekannt ist, wurde vor kurzem die Marke von 8 Milliarden Menschen weltweit überschritten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass wir bei der Analyse der Ursachen der verschiedenen Krisen nicht auf das Bevölkerungswachstum reduzieren dürfen und dass diese heikle Thematik eine behutsame Herangehensweise erfordert.

Dennoch halten wir diese Thematik für deutlich unterbewertet und unterbelichtet. Es gibt dazu praktisch keinen öffentlichen Diskurs, das Thema wird tendenziell verdrängt und totgeschwiegen.

Wir bitten Sie, unsere im Folgenden kompakt dargestellte Position zu lesen und zu überdenken.

Wir freuen uns über Ihr Feedback, über Ihre Unterstützung, über ihr Aktivwerden im Sinne unserer Positionen.

Das Problem

Nach wie vor wächst die Weltbevölkerung sehr stark – pro Jahr um die stattliche Zahl von etwa 85 bis 90 Millionen Menschen. Bildlich gesprochen, wachsen der Welt also pro Jahr ein Deutschland oder zehn Österreichs zu, zumindest auf die Bevölkerungsanzahl dieser Länder bezogen.

In welchen Häusern werden diese zusätzlich hinzugekommenen Menschen wohnen, wovon werden sie sich ernähren, wie werden sie mobil sein, welche Jobs werden sie einmal haben (wenn sie überhaupt einmal welche haben werden), haben sie überhaupt die Chance auf (und die materiellen Möglichkeiten für) ein gelingendes und menschenwürdiges Leben?

Dieses Wachstum findet auf einem «ächzenden Planeten» statt, auf dem die Grenzen des Wachstums bereits erreicht sind, worauf viele Indikatoren hinweisen. Die Ökosphäre, auf die wir als Spezies Homo sapiens und alle anderen Arten für ihr Überleben angewiesen sind, ist bereits schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Das Wachstum der Weltbevölkerung geht Hand in Hand mit den verschiedenen Belastungen unserer natürlichen Umwelt, wie etwa den Treibhausgas-Emissionen, dem Bodenverbrauch, oder dem Verbrauch an mineralischen und biogenen Ressourcen. Es wäre natürlich falsch, für diese Belastungen alleine das Bevölkerungswachstum verantwortlich zu machen. Genauso falsch wäre es aber auch, seine Bedeutung auszublenden und herunterzuspielen. Noch stärker gewachsen als die Weltbevölkerung ist nämlich seit dem Beginn der Industrialisierung das Verbrauchsniveau pro Kopf – aber beide Triebkräfte zusammen üben einen massiv zunehmenden Druck auf die Ökosphäre und unsere planetare Ressourcenbasis aus.

Es zeichnet sich auch sehr deutlich ab, dass technologische Innovationen alleine bei Weitem nicht ausreichen werden, um uns «zu retten» (auch wenn das viele bzw. die meisten nicht wahrhaben wollen). Beispielsweise wird sich die von vielen befürwortete und angestrebte Energiewende nicht in der erwarteten/geplanten Art umsetzen lassen. Bei genauerem Hinsehen weist dieses Vorhaben zu viele Schwachstellen, Dilemmata und Begrenzungen auf.

Letztlich kann nur in einer Postwachstumsgesellschaft, wie auch immer diese konkret aussehen mag, ein längerfristiges Überleben und auch (einigermassen) gutes Leben, möglich sein. Eine Postwachstumsgesellschaft bedeutet, dass einerseits das Wachstum der Bevölkerung zu Ende gehen muss, diese sogar auf ein deutlich niedrigeres, verträglicheres Niveau schrumpfen sollte, aber auch, dass der materielle Verbrauch pro Kopf nicht auf dem derzeitigen hohen Niveau bleiben kann, also ebenfalls deutlich schrumpfen muss. Diese Reduktion des Pro-Kopf-Konsums gilt zwar in erster Linie für die reichen Länder (im sogenannten «globalen Norden»), aber sie gilt auch für gar nicht so wenige Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern, die bereits einen relativ hohen Lebensstandard erreicht haben. Und sie gilt auch deswegen, weil sich die Hoffnungen der meisten Menschen in diesen Ländern auf einen hohen materiellen Lebensstandard nicht verwirklichen lassen – und wenn, dann nur um den hohen Preis einer weiteren Beeinträchtigung und Zerstörung der lokalen und globalen natürlichen Umwelt.

Ohne Stopp des Bevölkerungswachstums und in weiterer Folge auch Rückgang der Weltbevölkerung wird also eine nachhaltige, ökologisch einigermaßen verträgliche Entwicklung nicht möglich sein. Entweder wird diese Schrumpfung auf bewusstem, willentlichem Weg herbeigeführt, oder sie passiert ungeordnet chaotisch in Form des Kollapses von Gesellschaften.

Es ist kein Zufall, dass viele Konflikte und Kriege gerade in Regionen stattfinden, in denen die Bevölkerung seit Langem schier ungebremsst wächst. Auch der jüngst wieder hochgekochte Nahostkonflikt hat eine starke demografische Komponente, auch wenn diese nicht im Fokus der Berichterstattung und Analysen steht. Wie so vieles auf der Welt ist auch die Bevölkerungsdynamik sehr ungleich ausgeprägt. Während es einige Regionen gibt, die bereits einen demografischen Übergang geschafft haben, in denen die Bevölkerung also nicht mehr wächst oder eventuell sogar zurückgeht, gibt es andere Regionen, in denen die Bevölkerung noch massiv wächst und auch ein demografischer Übergang nicht klar erkennbar ist.

Ein besonderer Hotspot ist in dieser Hinsicht Subsahara-Afrika. Prognosen der UN gehen mindestens von einer Verdreifachung der Bevölkerung in dieser Region bis 2100 aus.

Angesichts der Instabilität und der Vielzahl an Problemen, die es in dieser Grossregion jetzt schon gibt, ist dieser Ausblick auf eine Bevölkerungsvervielfachung in den nächsten Jahrzehnten nur als demografische Katastrophe zu begreifen. Eine Katastrophe, der die Weltgemeinschaft weitgehend rat- und tatenlos zusieht. Aber auch in anderen Weltregionen gibt es nicht-nachhaltige, problematische Entwicklungen. So wächst im mittlerweile bevölkerungsreichsten Land der Welt, in Indien, die Bevölkerung pro Jahr um etwa 14 Millionen. Mehr als 15 Prozent des globalen Bevölkerungswachstums findet also allein in diesem Land statt.

Und die «Lösung»? Gibt es überhaupt eine?

Wenn man nun die grundsätzliche Richtigkeit dieses Problemaufrisses anerkennt – zumindest weitgehend bzw. in entscheidenden Bereichen –, stellen sich viele Fragen.

Was kann man tun? Kann man auf die Entwicklung der Bevölkerung überhaupt Einfluss nehmen, insbesondere wenn die betroffenen Menschen in weit entfernten geographischen Regionen und auch in anderen Kulturkreisen leben? Ist es überhaupt legitim, wenn «wir im globalen Norden» (oder Westen) darüber nachdenken, was andere (Länder, Regionen, Gruppen von Menschen) tun sollen oder dürfen? Ist das nicht vielleicht anmassend und angesichts einer von Ausbeutung geprägten kolonialen Vergangenheit unangebracht? Und haben nicht Beispiele von Bevölkerungspolitik aus der Vergangenheit gezeigt, dass diese inhärent reaktionär und menschenverachtend ist?

Trotz aller Bedenken und Einwände denken wir, dass es an der Zeit ist, diese defensive Haltung zu überwinden und die Tabuthemen Bevölkerung, Bevölkerungswachstum und Bevölkerungspolitik aus der Tabuzone zu holen.

Eine Eindämmung des Bevölkerungswachstums ist nicht nur eine planetarische Notwendigkeit, sondern liegt ebenso im eigenen Interesse der betroffenen Länder, die mit einer stark wachsenden Bevölkerung in jeder Hinsicht überfordert sind.

Bevölkerungspolitik ist nicht von vornherein reaktionär. Wie auf anderen Politikfeldern auch kommt es auf die konkrete Ausgestaltung an. Ein möglichst hohes Mass an Partizipation, Aufklärung und Selbstermächti-

gung der Menschen, die auf deren Mündigkeit setzt, beugt einem Missbrauch vor. Dafür gibt es da und dort bereits ermutigende Beispiele, etwa die Aufklärungsarbeit von Hermione Quenum in Benin.

Was also tun? Wo könnte es konkrete Ansatzpunkte für Initiativen geben?

1. Zum Thema machen, sichtbar machen

Uns ist bewusst, dass es für Politiker aus (reichen) Ländern mit ehemaliger kolonialer Vergangenheit besonders schwierig ist, dieses Thema öffentlich zu thematisieren. Aber sie haben die Möglichkeit, Amtskollegen in Ländern im globalen Süden in direkten Gesprächen auf die Dringlichkeit der Thematik hinzuweisen.

Wichtig ist eine Klarheit in der Kommunikation. Etwa indem klar gemacht wird, dass hohe Kinderzahlen nicht mehr Reichtum, sondern im Gegenteil noch mehr Armut und noch mehr Unterentwicklung bedeuten. Und dass es nicht nur «böse Mächte von aussen» sind, die für Unterentwicklung und Perspektivlosigkeit in diesen Regionen sorgen, sondern dass es auch einen relevanten hausgemachten Anteil daran gibt und dass dazu zuvorderst ein hohes Bevölkerungswachstum zählt.

Politiker aus Ländern des «Nordens» können anbieten, Programme mit bevölkerungspolitischen Inhalten in den Problemländern finanziell zu unterstützen (siehe auch Punkt 2).

Darüber hinaus gibt es vielfache Möglichkeiten, das Problem des Bevölkerungswachstums auf verschiedenen Ebenen sichtbar zu machen: An der Basis durch NGOs auf lokaler, regionaler und globaler Ebene; im Rahmen von UN-Organisationen, durch internationale Konferenzen, in denen entsprechende Initiativen, Massnahmen und ermutigende Beispiele vorgestellt werden, etc. Es muss vor allem klar herausgestellt werden, dass das Engagement für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und eine gesunde Umwelt eng mit einer vernünftigen Bevölkerungspolitik zusammenhängt.

2. Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit

Ein sehr wirksamer Ansatzpunkt stellt aus unserer Sicht eine Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit dar.

Gelder für Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit können in Abhängigkeit von der Existenz von Bevölkerungspolitik beziehungsweise in Abhängigkeit von der Effektivität einer eventuell existierenden Bevölkerungspolitik vergeben werden. Bevölkerungspolitische Massnahmen (siehe Punkt 3) selbst brauchen Finanzierung, die vermutlich zu einem grossen Teil von aussen kommen muss. Solche zweckgebundenen Mittel würden zu den effektivsten Arten der Entwicklungshilfe gehören. Auch der Aufbau von Kontroll-, Unterstützungs- und Beratungsmechanismen braucht finanzielle Unterstützung von aussen.

3. Bevölkerungspolitische Massnahmen

Es gibt eine ganze Reihe nicht-repressiver Massnahmen, die auch in verschiedenen Ländern bereits erprobt wurden.

Dazu zählen:

- Aufklärungs- und Bildungsprogramme, insbesondere für junge Frauen und Mädchen
- «positive Campaigning», z.B. Werbung für Kleinfamilien (für 2-Kind-Familien), wie das auch in Indien in den 1970er-Jahren gemacht wurde
- Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln
- finanzielle Anreize bei freiwilligen Sterilisationen (von Männern und Frauen)
- staatliche Garantie einer Altersversorgung für die ärmeren Schichten, die an den Verzicht auf Kinder über zwei hinaus gekoppelt ist
- Aufbau von Beratungs- und Förderstrukturen als Teil der Entwicklungszusammenarbeit (siehe auch Punkt 2).

Wer wir sind

Initiative Bevölkerungspolitik

- **Dr. Bruno Kern**, geb. 1958. Autor, Übersetzer, Vortragender. Veröffentlichte u.a. «Das Märchen vom grünen Wachstum» (2019). Lebt und arbeitet in Mainz.
- **Saral Sarkar**, geb. 1936 in Westbengalen (Indien), lebte bis 1982 in Indien, danach in Köln. Autor und Aktivist. Veröffentlichte u.a. «Eco-Socialism or Eco-Capitalism. A Critical Analysis of Humanity's Fundamental Choices» (1999).
- **Dr. Ernst Schrieffl**, geb. 1969. Mitarbeiter eines Technischen Büros für Bauphysik und Energieeffizienz. Daneben auch publizistisch tätig (u.a. Buch «Öko-Bilanz», 2021). Lebt und arbeitet in Wien.
- *Quelle:*

http://www.eco-world.de/scripts/basics/econews/basics.prg?session=42f9425265665d2c_784476&a_no=44104
(Erlaubnis zur Wiederverwendung in einem FIGU-Organ erteilt am 5. Dezember 2023 durch Herrn Dr. Bruno Kern)

Zerfallserscheinungen in Kiew

Der Machtkampf zwischen Selensky und Saluzhny eskaliert

Der Machtkampf in der Ukraine zwischen Präsident Selensky und Armeechef Saluzhny wird immer offener ausgetragen. Der Riss geht sogar durch Selenskys eigene Regierungspartei.

von Anti-Spiegel — Thomas Röper



28. November 2023 02:32 Uhr

Vor einigen Tagen habe ich bereits über den Streit zwischen Präsident Selensky und Armeechef Saluzhny in Kiew berichtet, der immer offener ausgetragen wird. Inzwischen gibt es eine Fortsetzung der Geschichte. David Arahamiya, Fraktionsvorsitzender der Pro-Präsidentenpartei «Diener des Volkes» in der Werchowyna Rada, hat in einem Interview erzählt, dass Boris Johnson bei seinem Besuch am 9. April 2022 in Kiew Selensky dazu gebracht hat, den schon ausgehandelten Frieden mit Russland abzulehnen. Das war auch Thema in der letzten Folge von Anti-Spiegel-TV, in der wir gezeigt haben, zu welchen günstigen Bedingungen Kiew damals einen Frieden hätte bekommen können. Viel mehr als einen Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft wollte Russland nicht, es war sogar bereit, den EU-Beitritt der Ukraine zu fördern.

Was Arahamiya mit dem Eingeständnis bezweckt hat, ist Spekulation, aber sollte der ukrainischen Öffentlichkeit bewusst werden, dass es bereits im April 2022 einen Frieden zu guten Bedingungen hätte geben können, die heute nicht mehr realistisch sind, was bedeuten würde, dass hunderttausende ukrainische Soldaten noch leben könnten, und dass es Selensky war, der das abgelehnt hat, dann dürfte es viele Ukrainer geben, die ganz und gar nicht gut auf Selensky zu sprechen sind. Das Eingeständnis von Arahamiya war also entweder dumm oder gegen Selensky gerichtet.

Die ukrainische Abgeordnete Mariana Besuglaja, ebenfalls von Selenskys Partei, forderte wegen eines «fehlenden Aktionsplans für 2024» den Rücktritt von Armeechef Saluzhny. Wenn die militärische Führung kein Konzept für 2024 vorlegen könne und alle ihre Vorschläge zur Mobilmachung darauf hinausliefen, dass mehr Leute gebraucht würden, ohne Vorschläge für Änderungen im System der ukrainischen Streitkräfte zu machen, «dann sollte diese Führung gehen», schrieb sie auf Telegram.

Arahamiya hatte sich einige Tage zuvor ähnlich geäußert und erklärt, es sei Sache der Armeeführung, einen Plan für die Mobilmachung und auch für die Rotation der teilweise seit anderthalb ununterbrochen kämpfenden ukrainischen Soldaten zu erarbeiten. So einen Plan gibt es jedoch nicht.

Interessanterweise verurteilte Fjodor Venyslavsky, Selenskys Vertreter in der Werchowyna Rada, Besuglajas Äußerungen und erklärte, dass ihre Anwesenheit im Rada-Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung «die nationale Sicherheit der Ukraine gefährden könnte». Da auch Venyslavsky von der Präsidentenpartei Diener des Volkes ist, wird offenbar, dass es offenbar auch innerhalb der Selensky-Partei Streit gibt. Vor dem Hintergrund des katastrophalen Scheiterns der Gegenoffensive, der ausgelaufenen und nun fehlenden US-Finanzierung, der Ungewissheit über die Finanzierung aus der EU für 2024, der Blockade ukrainischer Lastwagen an der polnischen Grenze, der Wahlsiege von Gegnern der Hilfen für Kiew in der EU – es sei nur an die Wahlen in der Slowakei und den Niederlanden erinnert – und den anstehenden Europawahlen scheint Selenskys Team auseinanderzubrechen. Offenbar machen sich dort schon viele über die Zeit nach Selensky Gedanken und testen aus, was machbar ist, um auch nach einem Machtwechsel in der Nähe der Macht und den Futtertrögen zu bleiben.

Arahamiya hat erklärt, dass es im Falle von Friedensverhandlungen mit Russland, bei denen die Ukraine zu Gebietsabtretungen gezwungen ist, seiner Meinung nach ein Referendum über diese Frage abgehalten werden sollte. Wenn wir das zu seiner aktuellen Äußerung über den abgelehnten Frieden vom April 2022 hinzunehmen, dann könnte das der Versuch sein, die Verantwortung für die von ihm mit getragenen Entscheidungen, die die Ukraine in die Katastrophe geführt haben, allein auf Selensky abzuwälzen.

Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Alexej Danilow, gilt in Kiew als einer der mächtigsten Leute hinter den Kulissen. Er verhält sich in dem Streit in der Öffentlichkeit bisher neutral und erklärte im Gespräch mit der «Times», dass die Spaltung zwischen Selensky und Sluzhny das Werk von «Putins schlafenden Spionen» sei. Demnach «versuchen russische Agenten», die «ogenannten Spannungen zwischen

Selensky und Saluzhny auszunutzen». Sie würden «falsche Erzählungen verbreiten, um einen Keil zwischen die politische und die militärische Führung zu treiben».

Man kann wohl derzeit nur eines über die politische Lage in Kiew sagen: Die Lage ist vollkommen chaotisch und es ist schwer zu prognostizieren, wie es ausgeht. Aber es ist offensichtlich, dass in Kiew ein Machtkampf entbrannt ist und dass einige anscheinend vorsichtshalber schon mal versuchen, die Schuld für die hunderttausenden sinnlos gestorbenen Soldaten alleine auf Selensky zu schieben, während andere versuchen, Saluzhny kalt zu stellen.

Ukraine

Keine tödlichen Waffen der NATO für Kiew und ein Geschenk der EU für Putin: Die Ereignisse des 29. November

Hier übersetze ich die Zusammenfassung der Ereignisse in und um die Ukraine des 29. November, wie sie in der russischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht wurde.

von Anti-Spiegel — Thomas Röper; 29. November 2023 19:48 Uhr

Die russische Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht fast jeden Abend eine Zusammenfassung der Ereignisse des Tages in und um die Ukraine. Ich versuche, möglichst jede Zusammenfassung zu übersetzen, auch wenn ich nicht garantieren kann, dass ich das jeden Tag leisten kann, zumal die Zusammenfassung mal am frühen Abend, mal spät in der Nacht erscheint.

Hier übersetze ich die Zusammenfassung des 29. November.



Beginn der Übersetzung:

Kiew ohne tödliche Waffen der NATO, ein Geschenk der EU an Putin: Die Lage rund um die Ukraine. Die NATO und die Ukraine haben ein Kooperationsprogramm für das Jahr 2024 verabschiedet, so der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg. Er erklärte auch, dass man sich auf lange und schwierige Kämpfe vorbereiten müsse, um «die Russen zurückzudrängen». Gleichzeitig beinhaltet das Programm nicht die Lieferung von tödlichen Waffen an Kiew, sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto.

Der EU-Gipfel zur Ukraine im Dezember könnte ein grosses Weihnachtsgeschenk für den russischen Präsidenten Wladimir Putin sein, so dänische Medien, die auf die mangelnde Einigkeit der EU-Mitglieder in der Frage der Unterstützung der Ukraine hinweisen.

Die TASS hat die Ereignisse rund um die Ukraine zusammengetragen.

Verlauf der Operation

Wie das russische Verteidigungsministerium mitteilte, haben Einheiten der russischen Streitkräfte das Dorf Artjomowskoje in der DNR befreit.

In den vergangenen 24 Stunden schlugen die russischen Streitkräfte drei Angriffe von Angriffsgruppen der ukrainischen Streitkräfte bei Donezk, zwei Angriffe bei Krasnoliman, einen Angriff südlich von Donezk und einen Angriff bei Kupjansk zurück. Insgesamt hat die Ukraine im Lauf des Tages bis zu 620 Kämpfer verloren.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zerstörten die russische operativ-taktische und militärische Luftwaffe, Drohnen, Raketenruppen und Artillerie der Truppengruppen der russischen Streitkräfte im Laufe des Tages in 107 Gebieten Personal und Ausrüstung. Zu den getroffenen Zielen gehörten eine Montagehalle für die Herstellung von Radarsystemen, Treibstoffdepots und Lagerhäuser für Flugzeuge.

Programm der Zusammenarbeit

Die NATO und die Ukraine haben ein Kooperationsprogramm für das kommende Jahr verabschiedet, das unter anderem die Energiesicherheit und die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte umfasst, so der Generalsekretär der Allianz nach dem Treffen des Ukraine-NATO-Rates auf Aussenministerebene. Die Parteien erörterten die Veränderungen, die Kiew vornehmen sollte, um sich dem Bündnis anzunähern, einschliesslich der «Reform des militärischen Beschaffungssystems und der Reform der Nachrichtendienste».

Stoltenberg sagte, die Ukraine und die NATO müssten sich auf lange und schwierige Kämpfe vorbereiten, um «die Russen zurückzudrängen», und forderte gleichzeitig dazu auf, «Russland nicht zu unterschätzen». Er betonte auch, dass die NATO-Mitgliedsstaaten keinen Druck auf Kiew ausübten, um Friedensgespräche mit Moskau aufzunehmen, und stellte fest, dass militärische Unterstützung Kiews der Weg zum Frieden sei. Der NATO-Generalsekretär vertrat die Ansicht, dass der russische Präsident Wladimir Putin nicht an Verhandlungen über die Ukraine interessiert sei.

Das Kooperationsprogramm zwischen der NATO und der Ukraine für das Jahr 2024 sieht keine Lieferung von tödlichen Waffen an Kiew vor, betonte der ungarische Aussenminister.

Die Ukraine wird nicht in die NATO aufgenommen

Die NATO-Länder seien sich einig, dass die Ukraine 2024 nicht in die Allianz aufgenommen werde, sagte Sijarto. Das hat US-Aussenminister Anthony Blinken indirekt bestätigt, der sagte, die Ukraine werde der NATO beitreten, wenn alle Länder des Bündnisses zustimmen und alle Bedingungen erfüllt sind.

Nichts bemerkt

Der US-Aussenminister sagte, er habe bei dem Treffen der NATO-Aussenminister keine Ermüdungserscheinungen bei der Unterstützung der Ukraine bemerkt, sondern eine «starke Bereitschaft» gesehen, der Ukraine weiterhin zu helfen. Laut Blinken wollen die NATO-Staaten Kiew alles zur Verfügung stellen, was es braucht, um «seine Gebiete zurückzugewinnen». Die Allianz wolle damit demonstrieren, dass der Einsatz militärischer Gewalt zur Ausweitung der Grenzen eines Staates unzulässig sei.

Der Plan von Saluzhny

Der Chef der ukrainischen Streitkräfte Valery Saluzhny habe einen Aktionsplan entwickelt, der aber selbst mit Unterstützung der westlichen Partner nur schwer umzusetzen sei, sagte ein NATO-General in Brüssel. «Saluzhny hat nicht behauptet, dass er keinen Plan hat. Denn er hat einen Plan», sagte der General. Gleichzeitig räumte er ein, dass Saluzhny die Lage richtig eingeschätzt habe und dass die ukrainischen Truppen «nicht schnell genug vorankämen».

Fast alle Forderungen

Die Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, hat erklärt, die Ukraine habe fast alle Anforderungen für die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen erfüllt. Wie die europäische Ausgabe von «Politico» berichtet, nannte sie die ukrainischen Reformen «sehr beeindruckend».

Die EU-Kommissionschefin widersprach auch der Behauptung, der Westen sei der Ukraine überdrüssig, so das Portal. Sie betonte, dass die EU Kiew nach wie vor unterstütze, die Verantwortung dafür aber bei den Regierungschefs liege.

Die üblichen Anschuldigungen

Die Ukraine beschuldigt Russland buchstäblich für alles, so dass die Anschuldigungen, die Ehefrau des ukrainischen Geheimdienstchefs Kirill Budanow vergiftet zu haben, als normal bezeichnet werden können, sagte Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten, mit Blick auf die Aussagen aus Kiew.

«Die Ukraine gibt Russland für alles die Schuld. Meiner Meinung nach gibt die Ukraine Russland sogar für ihre Existenz die Schuld. Das ist ein üblicher Vorwurf», sagte der Kreml-Sprecher.

Ein Geschenk für Putin

Der EU-Gipfel zur Ukraine im Dezember könnte ein grosses Weihnachtsgeschenk für den russischen Präsidenten sein, so ein analytischer Artikel, der auf der Website von Danmarks Radio veröffentlicht wurde. Dem Autor des Artikels zufolge ist es unwahrscheinlich, dass die EU-Vertreter auf dem bevorstehenden Gipfel «keinen formellen Schritt unternehmen und Beitrittsgespräche mit der Ukraine aufnehmen».

Stattdessen könnte sich der Gipfel «in ein grosses europäisches Weihnachtsgeschenk für Präsident Putin und die Machthaber im Kreml verwandeln», denn «es gibt eine wachsende Gruppe von politischen Führern in EU-Kreisen, die daran zweifeln, dass die Ukraine den Krieg gewinnen kann» und für die die Interessen ihrer eigenen Länder wichtiger sind als die Unterstützung der Ukraine. Als Beispiele werden Österreich, Ungarn, die Slowakei und Polen angeführt.

Ende der Übersetzung

Seymour Hersh: Von General zu General – Führende Militärs verhandeln über Frieden in der Ukraine

uncut-news.ch, Seymour Hersh, Dezember 4, 2023

Es waren harte Monate für Präsident Joe Biden und sein inkompetentes aussenpolitisches Team. Israel geht in seinem Krieg gegen die Hamas eigene Wege und bombardiert wieder den Gazastreifen, und die amerikanische Öffentlichkeit ist tief gespalten, was sich in den Umfragen widerspiegelt, die für das Weisse Haus nach wie vor nicht gut sind.



Inzwischen sind der Präsident und seine aussenpolitischen Berater auch ins Abseits geraten, weil ernsthafte Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine rasch an Dynamik gewonnen haben.

Ein amerikanischer Geschäftsmann, der jahrelang in der Regierung mit hochrangigen ukrainischen diplomatischen und militärischen Angelegenheiten zu tun hatte, sagte mir Anfang der Woche: «Jeder in Europa spricht darüber» – die Friedensgespräche. «Aber zwischen einem Waffenstillstand und einem Abkommen gibt es noch viele Fragen.» Der erfahrene Journalist Anataol Lieven schrieb diese Woche, dass die Situation auf dem Schlachtfeld in der Ukraine und damit «ein Waffenstillstand und Verhandlungen über eine Friedensregelung für die Ukraine immer notwendiger werden». Angesichts der wiederholten Weigerung der ukrainischen Regierung unter Wolodymyr Selensky, mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu verhandeln, sei es «ausserordentlich schwierig», Gesprächen zuzustimmen.

Die treibende Kraft hinter den Gesprächen sind weder Washington noch Moskau, weder Biden noch Putin, sondern die beiden hochrangigen Generäle, die den Krieg führen, der Russe Valery Gerassimov und der Ukrainer Valery Saluzhny.

Der Auslöser für die vertraulichen Gespräche lag darin, dass beide Seiten einverstanden waren, dass Putin keine Einwände gegen eine Vereinbarung hatte, die die Grenzen so festlegt, wie sie zum Zeitpunkt des Abschlusses der Friedensverhandlungen bestanden. Russland würde die vollständige Kontrolle über die Krim behalten und auch über die vier Provinzen oder Oblaste, die Russland im vergangenen Jahr annektiert hat – Donezk, Luhansk, Saporischschja und das immer noch umkämpfte Cherson – bis zu den Wahlen im März unter Kriegsrecht. Überraschenderweise signalisierte Russland, und insbesondere Putin selbst, keine Einwände gegen einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine.

In einem Interview mit dem «Economist» vom 1. November überraschte Valery Saluzhny, der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, die Redakteure, indem er zugab, dass der Konflikt mit Russland «in einer festgefahrenen Situation» stecke. Um aus dieser Situation herauszukommen, wäre ein bedeutender technologischer Durchbruch erforderlich. Der General teilte mit, dass seit Beginn der medial beachteten ukrainischen Gegenoffensive gegen Russland im Frühsommer des letzten Jahres seine Truppen nur um weniger als elf Meilen vorgerückt seien. Saluzhny erklärte: «Es wird höchstwahrscheinlich keinen spektakulären Durchbruch geben. Die einfache Tatsache ist, dass wir sehen können, was der Feind tut, und sie können sehen, was wir tun. Um aus dieser festgefahrenen Situation herauszukommen, benötigen wir etwas Neues, vergleichbar mit der Erfindung des Schiesspulvers, die die Chinesen gemacht haben und mit dem wir uns immer noch gegenseitig bekämpfen.»

Das Interview machte weltweit Schlagzeilen – es ist eine Nachricht, wenn der General, der einen Krieg führt, erklärt, dass der Krieg in einer Sackgasse steckt – und natürlich erzürnte es den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky, und der General entschuldigte sich öffentlich für seine Äusserungen.

Aber Selensky regiert das Land immer noch, und in Europa weiss man, dass Russland und die Ukraine jetzt ernsthafte Friedensgespräche führen. Selensky lehnt solche Gespräche ab und hat angekündigt, dass er sich um seine Wiederwahl mit einem Programm bewerben wird, das den vollständigen Rückzug Russlands aus der Ukraine fordert, bevor Friedensgespräche wieder aufgenommen werden können. Das Land steht derzeit unter Kriegsrecht, sodass keine Wahlen stattfinden können. Selensky mobilisiert weiterhin Truppen

für die ukrainische Armee, und Berichten zufolge wurden erneut Personen im Alter zwischen siebzehn und siebzig Jahren eingezogen.

Es muss eine Vorgeschichte geben, wenn ein kommandierender General einem prominenten Magazin mitteilt, dass sich seine Armee und die russische Armee in einer Pattsituation befinden. Und hier ist sie, so wie sie mir von zwei Amerikanern erzählt wurde, die mit den Dingen vertraut sind.

Das Interview mit dem «Economist» kam ohne Wissen der Redakteure des Magazins nach einer Reihe von Gesprächen von General zu General mit Waleri Gerassimow zustande, der seit 2012 Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte ist. Er ist auch der erste stellvertretende Verteidigungsminister Russlands. Gerasimow stand US-Armeegeneral Martin Dempsey besonders nahe, der unter Präsident Barack Obama von 2011 bis 2015 Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff war. Dempsey und Gerasimow hatten sich viele Jahre zuvor bei gesellschaftlichen Anlässen kennengelernt, als beide noch Hauptmänner waren und verschiedene Panzereinheiten in West- und Ostdeutschland befehligten.

Ein amerikanischer Offizier, der früh in die Gespräche zwischen den beiden Generälen eingebunden war, sagte mir: «Das war kein spontanes Ereignis.» Es wurde von Saluzhny sorgfältig inszeniert. Die Botschaft lautete: Der Krieg ist vorbei, wir wollen raus. Eine Fortsetzung des Krieges würde die nächste Generation ukrainischer Bürger zerstören.

Der Beamte räumte ein, dass es «keine Frage» sei, dass Saluzhny «bei seiner Entscheidung, an die Öffentlichkeit zu gehen, von einigen wichtigen Amerikanern unterstützt wurde».

«Was war das Ziel dieser erstaunlichen Geschichte?», fragte der Beamte. «Die ukrainische Führung» – gemeint waren Selensky und seine Umgebung – «dazu zu bringen, einer Einigung zuzustimmen und zu erkennen, dass die Fortsetzung des Krieges selbstzerstörerisch ist.» Als «grösseres Ziel» nannte er, die ukrainische Bevölkerung «an den Punkt zu bringen, an dem sie Verhandlungen zur Beendigung des Krieges zustimmt». Auf russischer Seite, so der Beamte, «erkannte Gerassimow auch, dass der Krieg in der Ukraine aus militärischer Sicht eine destruktive Pattsituation war». Der russische General «überzeugte Putin schliesslich davon, dass es keinen Sieg zu erringen gab. Die russischen Verluste seien unverhältnismässig hoch gewesen.»

Aber wie sollte man Selenski überzeugen? «Er ist ein Verrückter, der sein Leben für einen politischen und militärischen Sieg riskiert hat. Er ist ein Hindernis für eine Einigung, und er hat viele Verbündete im ukrainischen Militär.» Die Botschaft an Selenski lautet also: Wir werden mit den Russen reden, mit Ihnen oder ohne Sie, von Militär zu Militär. Ihre Nachbarn, vor allem Polen und Ungarn, haben genug von Ihnen und wollen, dass ihre ukrainischen Flüchtlinge in ein friedliches Land zurückkehren.

Das andere Problem, mit dem sich Selensky konfrontiert sieht, ist wirtschaftlicher Natur: «Wie kann man ein Land ohne Bruttosozialprodukt regieren?»

Der Deal, der jetzt auf dem Tisch liegt, so der Beamte, ermöglicht Russland, die Ukraine zu unterstützen, damit sie endlich der NATO beitreten könne. Die Krim würde in russischer Hand bleiben, und in den vier teilweise besetzten Oblasten, die Russland beansprucht, würden frei überwachte russische Präsidentschaftswahlen stattfinden. Vor zwei Wochen unterzeichnete Putin ein Gesetz, das es erlaubt, die Wahlen in diesen Provinzen unter Kriegerrecht abzuhalten.

«Das Weisse Haus ist absolut gegen das vorgeschlagene Abkommen», sagte der Beamte. «Aber es wird passieren. Putin hat nicht widersprochen.» Man gehe davon aus, dass Putin «ein Abkommen schliessen will».

An vielen Details des vorgeschlagenen Abkommens müsse noch gearbeitet werden, sagte der Beamte. Er präsentierte eine erschreckende Liste: Kriegsverbrecher auf beiden Seiten. Staatsbürgerschaft. Entschädigung. Kampfmittelräumung. Grenzüberschreitende Wirtschaft. Zugang und vor allem politische Vertuschung. Keine Seite möchte sich den Vorwurf des «Ausverkaufs» gefallen lassen und strebt einen ehrenvollen Frieden an. Es wird nicht leicht sein, die Zahnpasta wieder in die Tube zu bekommen, aber es ist das Wichtigste, um ein Wiederaufflammen zu verhindern. Wir haben den ganzen Winter Zeit, das Problem zu lösen, und einige gute Leute, die uns dabei helfen.

Der Beamte berichtete von einem jüngsten ermutigenden Zeichen. Der russische Aussenminister Sergei Lawrow habe kürzlich um eine Einladung zur Internationalen Sicherheitskonferenz der NATO gebeten, die diese Woche in Montenegro stattfand. «Er erhielt die Einladung und nahm sie an», sagte der Beamte. «Die Vereinigten Staaten wurden darüber informiert, haben aber kein Veto eingelegt.»

Ein zweiter Amerikaner, dessen Informationen aus Übersee stammten, bestätigte, dass Russland bereit sein könnte, «der Ukraine den NATO-Beitritt zu erlauben», fügte aber einen wichtigen Vorbehalt hinzu. Nach dem vorläufigen Abkommen müsste sich die NATO verpflichten, «keine NATO-Truppen auf ukrainischem Boden zu stationieren». Die Vereinbarung würde es der NATO auch nicht erlauben, offensive Waffen in der Ukraine zu stationieren, aber defensive Waffensysteme wären erlaubt.

Der Amerikaner fügte hinzu, dass Russland im Fall eines Erfolgs der vorgeschlagenen Friedensgespräche bereit wäre, dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen wieder beizutreten, aus dem es sich kürzlich zurückgezogen hatte. Russland würde sich auch bereit erklären, seine Truppen aus den Gebieten in der Nähe der baltischen Staaten und Moldawiens abzuziehen.

Er sagte mir, die vorgeschlagene Lösung habe eine inhärente Logik, die sich aus den militärischen Realitäten vor Ort ergebe. Russland sei ebenso wie die Ukraine nicht in der Lage gewesen, tiefgreifende Angriffe über

die derzeitige Kriegsfront hinaus zu starten. «Sie haben es versucht, aber sie sind gescheitert. So ineffizient und verschwenderisch sein Militär auch sein mag, Russland kann die eroberten Gebiete in der Ostukraine halten. Und wir steuern auf die Wintermonate zu, in denen Schlamm und Schnee jedes Vorankommen unmöglich machen.»

Die beiden Generäle mögen weiter miteinander reden, und Putin mag tatsächlich an einem Abkommen interessiert sein, das ihm die dauerhafte Kontrolle über die Krim und die vier von ihm beanspruchten Provinzen sichert, aber Selensky bleibt der Joker. Der amerikanische Beamte sagte, man habe Selensky gesagt, dass «dies ein Problem ist, das von Militär zu Militär gelöst werden muss, und die Gespräche werden mit oder ohne Sie weitergehen». Wenn nötig, so der amerikanische Beamte, «können wir seine Reise in die Karibik finanzieren».

QUELLE: GENERAL TOGENERAL

Quelle: <https://uncutnews.ch/seymour-hersh-von-general-zu-general-fuehrende-militaers-verhandeln-ueber->

Die Schweiz hätte DIE Chance!

Von: Christian Müller, 8. Dezember 2023



*Hat sich die Stimmen einfach als südländischer «Simpatico» geholt:
der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis. (Foto Christian Müller)*

In den vergangenen Wochen haben in der Schweiz die Wahlen für die beiden Parlamentskammern, den Nationalrat und den Ständerat, stattgefunden. Am 13. Dezember wählt dann die vereinigte Bundesversammlung die fix auf sieben festgelegten Regierungsmitglieder, genannt Bundesrat. Für den Ende Jahr zurücktretenden SP-Bundesrat, Alain Berset, muss ein Ersatz gewählt werden, die anderen sechs Bundesräte werden, wie es die Tradition vorgibt, bestätigt – oder aber, auch das hat es ausnahmsweise schon gegeben, sie können auch abgewählt werden. Drei von den sechs Verbleibenden hätten es denn auch verdient, aus politischen Gründen in die Wüste geschickt zu werden!

Eine reale Chance, die Quittung für die nicht erfüllten Erwartungen zu erhalten, hat Aussenminister Ignazio Cassis. Er hätte eigentlich schon gar nicht gewählt werden dürfen, denn damals, im Jahr 2017, als aus Gründen der Tradition wiederum ein Tessiner Bundesrat werden sollte und die Liberalen einen Kandidaten vorschlagen durften, gab es in der Person von Laura Sadis eine deutlich besser qualifizierte Frau, auch aus der Partei der Liberalen, wie benötigt, mit eigener Politerfahrung sowohl auf kommunaler, kantonaler wie auch nationaler Ebene, wenn auch innerhalb der Partei ein μ linker positioniert als Cassis. Aber es durfte vor allem keine Frau sein, denn man brauchte das Argument «Frau» bei den nächsten BR-Wahlen, um die wenig beliebte Liberale Karin Keller-Sutter aus St. Gallen dann reinbringen zu können. Anna Wanner, die Inland-Verantwortliche der meistgelesenen Schweizer Zeitungsgruppe CH-Media, machte bei Ignazio Cassis einen Heimb Besuch, liess sich von dem «Simpatico» mit Musik bezirzen und empfahl ihn anschliessend in ihrer Home-Story als ein politisches «Must». Ignazio Cassis wurde gewählt und blieb, was er schon vorher war: Ein unausstehlicher Opportunist. Wie er als gebürtiger Italiener mit seiner Staatsbürgerschaft umging – als italienischer Staatsbürger kaufte er sich in der Schweiz schon mit 15 Jahren ein, weil er in Italien damals ein ganzes Jahr Militärdienst hätte leisten müssen, in der Schweiz aber nur 17 Wochen, und auch im Militär landete er in der Militär-Musik –, darauf zurückzukommen ist unnötig. Selbst für die Schweizer Neutralität hatte er vor einem Jahr eine Idee, um möglichst Vielen zu gefallen, er erfand die «Kooperative Neutralität», grundsätzlich neutral, aber im Zweifelsfall eben doch mit dem Westen. Doch lassen wir das. Er gehört jetzt ganz einfach abgewählt.



Bundesrätin Karin Keller-Suter, engagiert sich gerne zugunsten der globalen Finanzwelt. Abgewählt zu werden verdient auch die bereits erwähnte Finanzministerin Karin Keller-Sutter, die, als erwartungsgemäss wieder die Liberalen bei einer Bundesratsersatzwahl an der Reihe waren, nur eine Chance hatte, weil sie, was zu dem Zeitpunkt zahlenmässig gefordert war, eine Frau war. Aber sind Frauen einfach besser? Gerade in letzter Zeit ist bekannt geworden, wie sie sich im November 2020 gegen die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative erkennbar engagiert hatte, deren Bevölkerungs-Zustimmung sie zwar nicht verhindern konnte, aber über das Nein etlicher Klein-Kantone das ebenfalls erforderliche sogenannte Stände-Mehr sie tatsächlich verhindern konnte. Dank ihr können Dutzende von globalen Konzernen mit Geschäftssitz in der Schweiz immer noch Steuer- und andere Gesetzesvorteile in der Schweiz zulasten anderer missbrauchen. Dick Martys lebenslanger Kampf für mehr Gerechtigkeit und mehr Menschenrechte auf dieser Welt hat diese – letztlich undemokratische – politische Ablehnung wahrlich nicht verdient.

Aber auch wer diese traurige Story nicht mitbekommen hat, dass aber Karin Keller-Suter diejenige war, die jetzt unter Einsatz einer gigantischen Staatsgarantie die Grossbank Credit Suisse aus dem Dreck zog und auf Empfehlung der US-amerikanischen Finanzindustrie deren Verkauf an die verbleibende, noch grössere UBS einleitete, ist wenigstens erkannt worden. Allein schon was man weiss genügt: Diese Dame verdient nicht, Bundesrätin zu bleiben. Auch Bundesrätinnen sind dem Wohl der Bevölkerung verpflichtet, nicht den globalen Konzernen und den Banken.



Die Schweizer Verteidigungsministerin Viola Amherd liebt US-Kampffjets und vertraut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Aber auch eine zweite Frau ist fällig, in die Frühpension geschickt zu werden: Viola Amherd, die Schweizer Verteidigungsministerin von der Partei «Die Mitte». Als gegen das 6-Milliarden-Budget für neue Kampfflugzeuge das Referendum ergriffen wurde und nur sehr knapp mit 50,1% der Abstimmenden angenommen wurde, galt noch die These, es sei noch nicht evaluiert, welche Kampffjets gekauft werden sollten. Zur Diskussion standen F/A-18 E/F Super Hornet von Boeing in den USA, F-35A von Lockheed Martin in den USA, Rafale B von Dassault in Frankreich, Eurofighter von Airbus, BAE-Systems und Leonardo, produziert in Deutschland, Grossbritannien, Spanien und Italien, und schliesslich Gripen E von Saab in Schweden. Nach dem äusserst knappen Ja wurde allerdings bekannt, dass Ministerium-intern bereits klar war, dass die US-Kampffjets F-35 gekauft werden sollten. Das bewog sich betrogen fühlende Referendumsengagierte zur Annahme, wenn der Entscheid zugunsten des F-35 bereits vor der Abstimmung bekannt gewesen wäre, hätte es zu einem Ja gereicht, und man beschloss, Unterschriften für ein neues Referendum zu sammeln. Und was tat Viola Amherd? Sie unterschrieb den unterschrittsbereiten Kaufvertrag mit den USA aufgrund des 50,1%-Abstimmungsergebnisses so schnell wie möglich, wodurch das neue Referendum sinnlos wurde und abgeblasen wurde. Ein korrekt-demokratisches Verhalten?

Noch mehr ins Gewicht allerdings fällt, dass Bundesrätin Viola Amherd als Verteidigungsministerin alles unternimmt, um die Schweizer Armee näher an die NATO zu bringen. Auch in diesem Bereich hat sie bereits Verträge unterschrieben, des Inhalts zum Beispiel, dass die Schweizer Flugwaffe mit den NATO-Flugwaffen gemeinsame Manöver durchführen soll. Hat sie dazu jemals die Schweizer Bevölkerung befragt?

Und genau deshalb hat sich Viola Amherd auch erlaubt, als Parteimitglied der «Mitte» öffentlich der SP die Berner Regierungsrätin Evi Allemann zur Wahl in den Bundesrat zu empfehlen. Der Grund dazu liegt auf der Hand: Von Evi Allemann weiss man, dass auch sie für enge Zusammenarbeit mit der NATO votiert.

So eine Verteidigungsministerin ist für die Schweiz untragbar. Auch sie muss durch Verweigerung einer Wiederwahl aus der Schweizer Regierung verabschiedet werden.

Die Chance, dass die drei Schweizer Regierungsmitglieder Ignazio Cassis, Karin Keller-Sutter und Viola Amherd verabschiedet werden, was absolut legal möglich und auch legitim wäre, hält sich allerdings in Grenzen. Auch in der Schweiz geht es in der obersten Polit-Etage vor allem um Macht, und um diese zu erhalten oder gar ausbauen zu können, gibt man wenn nötig auch inakzeptablen Kandidatinnen und Kandidaten die Stimme. *Après moi le déluge, nach mir die Sintflut, dopo di me il diluvio.*

Quelle: <https://globalbridge.ch/die-schweiz-haette-die-chance/>

Waffenstillstand – am besten schon morgen!

Von: Christian Müller, 07. Dezember 2023



Jeder tote Soldat ist einer zu viel – auf beiden Seiten. Auch der Soldat in diesem Sarg war selbstverständlich der beste Vater und der beste Ehemann, den es je gab. Aber die schwarzrote Fahne zeigt auch, mit welcher Motivation dieser Mann gekämpft hat: Es ist die Fahne der OUN, der Organisation der Anhänger von Stepan Bandera ... (Foto Kyiv Post)

Schon Napoleon scheiterte im Jahr 1812 am Versuch, mit über 400'000 Soldaten Russland zu erobern. Hunderttausende kamen dabei zu Tode. In den 1940er Jahren scheiterte auch Hitler am Versuch, Russland zu erobern. Die rund 27 Millionen Kriegsoffer auf sowjetischer Seite sind in Russland unvergessen. Und auch die USA, Grossbritannien und die NATO sind in den letzten Jahren gescheitert, Russland in den Krieg zu locken und anschliessend zu besiegen. Nur noch Wunschdenker und total Blauäugige haben noch nicht begriffen, dass die Ukraine den gegenwärtigen Krieg nie gewinnen kann und nie gewinnen wird. De facto ist er schon heute verloren.

Wer die Augen schon im Jahr 2014 offen hatte und gesehen hat, wie die USA in Kiew einen Putsch inszenierten und über ihre Diplomatin Victoria Nuland eine Regierung nach eigenem Gusto einsetzten, hat in den Folgejahren beobachten können, wie der Westen die ukrainische Armee zu einem De-facto-Mitglied der NATO machte – unter dem wunderbar klingenden Namen «Enhanced Opportunities Partner». Die militärischen Hierarchiestufen wurden angepasst und die Offiziere mussten Englisch lernen. Das Ziel war eine vollständige Interoperabilität der NATO mit der Ukrainischen Streitmacht. Die Minsk-II-Unterscheiber François Hollande und Angela Merkel haben es ja zwischenzeitlich sogar zugegeben, dass sie falsch gespielt haben und dass es ihnen nur darum ging, der Ukraine für die eigene militärische Aufrüstung Zeit zu verschaffen. NATO-General Stoltenberg seinerseits hat öffentlich bedauert, dass die NATO des Paragraphen 5 im NATO-Grundvertrag wegen bei Spannungen erst eingreifen darf, wenn ein NATO-Land von aussen mit Waffen angegriffen wird. Die NATO müsse künftig auch präventiv eingreifen können. Die Verweigerung von Sicherheitsgarantien gegenüber Russland im Dezember 2021 war nur noch der letzte Akt einer katastrophalen Politik der USA und der NATO gegenüber Russland – unter rücksichtslosem Missbrauch der Ukraine.

Der sogenannt unprovokierte Kriegsbeginn durch Russland war in den Büros der NATO in jeder Hinsicht willkommen. Wer dazu aufrief, man solle doch miteinander verhandeln, statt aufeinander zu schießen, wurde von westlichen Politikern und von den grossen westlichen Medien als Putin-Versteher abgekanzelt und wenn immer möglich zum Schweigen gebracht.

Mittlerweile liegt das zu erwartende Resultat auf dem Tisch. Nicht nur die Ukraine hat keine ausreichenden und wirksamen Waffen mehr, auch die Waffen-Lieferanten im Westen haben ihre Waffen- und Munitionsdepots leer geliefert. Mittlerweile fehlt es auch an Männern, die noch rekrutiert werden könnten. Die Militärexperten im Westen wissen seit Monaten, dass der Krieg, der nach Wunsch der Politiker auf dem Schlachtfeld gewonnen werden sollte, verloren ist. Es ist mittlerweile auch klar, dass die Ukraine die zwecks militärischer Aufrüstung aufgenommenen Milliarden-Darlehen nie zurückzahlen können wird. Vor allem auch die USA haben den rhetorischen Hochstapler Wolodymyr Selensky mittlerweile durchschaut und suchen einen

Weg, wie sie – wie bei ihren anderen Kriegen der letzten Jahrzehnte – auch aus diesem Krieg ohne geopolitisch gewichtige Blamage aussteigen könnten.

Dass Russland und die Ukraine schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn eine Verhandlungslösung einzugehen bereit waren und dass die Ukraine nur auf Druck aus den USA und aus Grossbritannien dann beschloss, in eine solche nicht einzutreten, ist nicht nur durch Russland, sondern jetzt auch durch die Ukraine selbst bekanntgegeben worden. Worauf wartet man denn eigentlich noch?

Wer jetzt noch gegen einen Waffenstillstand und für eine Weiterführung oder gar Ausweitung der Kriegshandlungen ist, macht sich am Tod von Zigtausenden von Soldaten auf ukrainischer und russischer Seite mitschuldig. Die Argumentation, dass ukrainische Soldaten zu Tode kommen, spiele ja keine Rolle, Hauptsache sei, dass dabei auch russische Soldaten zu Tode kommen, zeugt von einem kaum zu überbietenden Zynismus.

Und was ist mit der EU? Dass sie mit den Wirtschaftssanktionen gegen Russland wirtschaftlich vor allem sich selber geschadet hat und noch immer massiv schadet, ist mittlerweile auch bekannt. Deutschland steckt bereits in einer Finanzkrise. Dass ein grosser Teil des von den USA gespendeten Geldes ja gar nicht in die Ukraine, sondern in die US-Rüstungsindustrie fliesst, also in den USA bleibt, ist auch bekannt. Und spätestens seit Selensky die bevorstehenden Wahlen in der Ukraine abgeblasen hat, ist auch die Argumentation des Westens, die Ukraine verteidige die Demokratie und die «europäischen Werte», als Motiv für die Weiterführung der Kriegshandlungen jämmerlich in sich zusammengebrochen. Dass die Waffengänge bei der aktuellen Klimawandel-Problematik medial einfach ausgeklammert werden, ist schon lange ein Skandal. Es gibt keinen – keinen! – Grund mehr, Waffen in die Ukraine zu liefern. Und es gibt keinen – keinen! – Grund mehr, Geld in die Ukraine zu schicken, um den Staat vor dem Staatsbankrott zu retten. Besser wäre darüber zu reden, wie verhindert werden kann, dass noch weitere Zigtausende von Menschen, Soldaten und auch Zivilisten, zu Tode kommen und Hunderte von Milliarden US-Dollars und Euros in der Ukraine verbrannt werden, in der Ukraine, die schon jetzt das ärmste Land Europas ist und den eigenen Staatshaushalt nicht mehr stemmen kann.

Welches NATO-Land ist so selbstkritisch und so ehrlich, die westliche Politik unter bewusstem Missbrauch der Ukraine seit 2014 – seit 2014! – als gescheitert einzugestehen und einen Stopp des Krieges zu fordern? Selbst NATO-General Jens Stoltenberg hat ja bereits eingeräumt, dass sich die NATO auf schlechte Nachrichten aus der Ukraine bereitmachen müsse – NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg!

Wer immer noch einen Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld fordert, wie das zum Beispiel der EU-Aussenpolitiker Josep Borell gefordert hat, darf sich mittlerweile selbst ins Register der Kriegsverbrecher eintragen.

Vielleicht auch interessant: Die US-amerikanische Plattform «Information Clearing House» führt Buch über die Kosten der US-Kriege seit 2001: Sie belaufen sich bis heute auf 8,951,323,169, 965 USD oder in Worten auf 8 Billionen 951 Milliarden 323 Millionen 169 Tausend und 965 US-Dollar, also auf fast 9 Billionen Dollar oder 27'000 US-Dollar pro Kopf der US-Bevölkerung, Babys und Greise und auch die Bewohner der gigantischen US-amerikanischen Armenviertel inbegriffen. Mit diesem Geld könnte echt Sinnvolleres gemacht werden.

Quelle: <https://globalbridge.ch/waffenstillstand-am-besten-schon-morgen/>

«Könnte der Anfang vom Ende der NATO sein» – Russland hat das Schicksal der Allianz entschieden

7 Dez. 2023 21:39 Uhr

Aussagen, Russland gefährde die Sicherheit des Westens und könne sogar NATO-Staaten angreifen, dienen im Westen stets dem Gefüghalten der eigenen Bevölkerung. Etwas anderes ist es, wenn ernsthafte Analysten vor heftigen Spaltungen innerhalb der NATO und ihrer Schwächung warnen.

Von Viktoria Nikiforowa

Robert Siley, ein prominenter britischer Politiker, hat in einem Leitartikel bei «Foreign Affairs» jüngst seine Sicht darauf dargelegt, welche Ziele Russland mit seiner militärischen Sonderoperation verfolge. Siley ist kein Russlandfreund und ruft die Briten ständig dazu auf, sich «auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten». Schon interessant, die Sonderoperation mit den Augen eines Feindes zu sehen: Wovor hat der Militär aus einem alten englischen Adelsgeschlecht denn derartige Angst?

Als eines der Ziele Russlands im Ukraine-Konflikt sieht Siley eine unweigerliche Schwächung der NATO, und darüber lässt sich kaum streiten: Die Produktionskapazität der westlichen Rüstungsindustrie hat sich als für langanhaltende Feindseligkeiten unterdimensioniert gezeigt – mal fehlt dies, mal jenes. Und Gespräche über die Notwendigkeit, das Herstellungstempo von Artilleriegeschossen zu erhöhen – und erst recht, Standards von Waffensystemen oder wenigstens deren Herstellung zu unifizieren –, bleiben Gespräche.

Massenhafte Zerstörung von NATO-Gerät auf dem Schlachtfeld hat die Regierungen der Herstellerstaaten sichtlich demoralisiert. Das Sterben von Söldnern ebendort erfreut sie ebenso wenig. Und schon der Gedanke, mit den eigenen Heeren in einen richtigen Krieg zu ziehen, versetzt sie gar in Angst und Schrecken – der Ruf der Allianz, die dies einst mit der ganzen Welt tat, ist nun angeschlagen.

Schlimmer noch: Die Niederlagen des ukrainischen Militärs haben Chaos in den Reihen der Allianz ausgelöst, Hysterie, Zweifel und Geflenne: Lasst uns doch jegliche Hilfe an die Ukraine ganz einstellen – nein, lasst uns ihr noch etwas geben – nein, lieber nicht, haben ja selber nicht genug. Der NATO-Monolith zeigt Sprünge – die Bündnispartner misstrauen sich gegenseitig und spähen mit Argusaugen nach dem Ersten, der das sinkende Schiff verlässt.

Welche Mittel dienen Russland nun nach Ansicht des britischen Militäranalysten zur Schwächung der NATO? Siley fasst die Lage ganzheitlich ins Auge: Ihm zufolge sind dies neben militärischen auch wirtschaftliche, politische, diplomatische und sogar kulturelle Mittel – buchstäblich alles, vom Export von Energieträgern über Drittstaaten über das Anheizen der Inflation in Europa und das Befüllen der Regale in den russischen Geschäften mit guten und erschwinglichen Waren bis hin zur Veröffentlichung von Kriegsgedichtssammelbänden.

Kriegsgedichtssammelbände ... Ja was hat das denn mit der Sache zu tun, fragt man sich? Aber an sich hat Bob Siley ja recht. Das alles gehört zur Soft Power (auch zur nach innen angewandten, Anm. d. Red.) und vermag als solche das Weltbild neu zu formen, arbeitet also für die Zukunft. Nur: Die Entscheidung, den Ukraine-Konflikt global zu machen, fiel nicht in Russland – sondern es war der Westen, der den totalen Krieg erklärte. Doch dort fängt man eben stets sofort mit dem altbekannten Gemaule an, sobald sich die Niederlage abzeichnet: «Och manno», die Russen missachten bei der Kriegsführung schon wieder die «Regeln» (genau die, auf denen die «Weltordnung basiert», nicht wahr? Anm. d. Red.), wie kann man nur?! Und so heulten sie alle schon immer herum, von Napoleon bis Hitler.

Zum Schicksal des Nordatlantik-Bündnisses in der nächsten Zukunft lässt sich gern ein weiterer Militär-analyst befragen – der norwegische Diplomat Jo Inge Bekkevold schrieb hierzu ebenfalls einen Leitartikel, und dieser wurde in der «Foreign Policy» veröffentlicht. Bekkevold ist ebenso wenig Russlandfreund wie Siley, er hat keinerlei Motiv, die NATO verfrüht zu Grabe zu tragen. Doch ist der Tenor am Anfang seines Leitartikels eindeutig «Vivat NATO», so malt der Wikinger am Ende gleich drei Ragnarök-Szenarien im Spektrum «schreckliches Ende» bis «endloser Schrecken».

Das erste Szenario sagt voraus, dass in den USA Donald Trump oder einer seiner Mitstreiter Präsident wird – und die USA sofort die NATO ver- und ihre europäischen Verbündeten ihrem eigenen Schicksal überlassen. Ohne den nuklearen Schirm der USA fänden sich die Mitglieder der Rest-NATO in einer schwierigen Lage wieder. Bekkevold schliesst nicht aus:

«Dies kann sogar das Ende der NATO bedeuten.»

Im zweiten Szenario verlassen die USA zwar nicht die NATO, dafür aber die Ukraine mit ihrem Krieg, dessen alle schon überdrüssig sind – denn dort können sie ja eh nichts reissen – und disponieren alle Kräfte zum Konflikt mit China um. Und wenn der Diplomat schreibt «alle Kräfte», dann meint er auch wirklich alle, weil bei einer derartigen Wendung auch die europäischen NATO-Mitglieder mitziehen müssten. Doch für sie wäre eine militärische Konfrontation mit China wirtschaftlich ruinös und überhaupt das Verderben – und angesichts dessen würden sie sehr schnell protestieren und miteinander in Streitigkeiten geraten. Insbesondere osteuropäische Bündnispartner wie Polen kommen dem Norweger hier unzuverlässig vor. Differenzen bis hin zu Spaltungen werden die NATO bis zur Handlungsunfähigkeit lähmen, nimmt er an.

Das dritte Szenario ist gewissermassen eine extreme Abwandlung des zweiten (ob mit oder ohne China): Bekkevold nennt es sehr höflich «die zersplitterte NATO». Jeder Bündnispartner werde plötzlich eigene Interessen entwickeln – oder bestehender gewahr werden – und Streitigkeiten alle gegen alle beginnen: Griechenland streitet mit der Türkei, Italien und Frankreich laden sich selbst in Afrika ein, Grossbritannien reisst sich darum, ein wenig Krieg gegen China zu führen. Und werden davor noch die Ukraine, Georgien, Moldawien und – wer weiss, wie sich alles entwickeln kann – auch Serbien in die NATO aufgenommen, dann werden allgemeine Differenzen noch akuter. Eine «zersplitterte NATO» bedeutet auf gut Deutsch ebenfalls den Zerfall der einst mächtigen Kriegsallianz.

Befürchtungen wie die obigen sind natürlich absolut realistisch – doch dass man sie im Westen entwickelt, bedeutet für Russland nicht etwa einen Sieg, sondern nur eine weitere Herausforderung. Der kollektive Westen hat gut verstanden, dass es um seine dauerhafte Hegemonie geht, die mit der NATO als Hauptwerkzeug aufrechterhalten und durchgesetzt werden soll. Darum geht es letztendlich auch auf dem Schlachtfeld im Donbass und der Ukraine. Für die westliche Weltherrschaft ist die NATO aber gleichzeitig auch die sprichwörtliche Ferse des Achill, zu der Moskau sich die Schussbahn freiräumen will. Natürlich wird man dort um die Bewahrung der eigenen Macht kämpfen – ernsthaft, bis zum Tod. Nicht umsonst erteilt etwa besagter Rob Siley jeglichen Versuchen eine Absage, mit Moskau zu verhandeln. Mit Schrecken auf Russ-

lands Erfolge blickend betont er, Russland werde jede Feuerpause nutzen, um die eigene militärische Macht weiter auszubauen:

«Jedes Finale, das einen bedeutenden Teil ukrainischen Gebiets in Putins Besitz zurücklässt, wird ihm die Aussage erlauben, er habe die NATO an Russlands Grenzen aufgehalten. Er wird den Sieg verkünden und neu aufrüsten, um sich für neue Konflikte vorzubereiten.»

So wird dem kollektiven Westen nahegelegt, sich auf einen «intensiven kalten Krieg» gegen Russland vorzubereiten, der sich mindestens bis zum Ende der Präsidentschaft Putins hinziehen werde – «und möglicherweise auch in die Zeit danach». Schlechte Nachrichten für die NATO – Generalsekretär Stoltenberg sollte schon einmal beginnen, sich Sorgen zu machen.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 6. Dezember bei «RIA Nowosti».

Viktoria Nikiforowa ist eine russische Buchautorin, Dramaturgin, Drehbuchautorin und Journalistin. Sie begann ihre Karriere als Theaterkritikerin. Seit diesem Jahr schreibt sie als politische Beobachterin analytische Kolumnen für «RIA Nowosti», erlangte Bekanntheit mit dem Artikel «Wofür Russland in der Ukraine kämpft» vom 6. April 2022. Sie steht unter persönlichen Sanktionen mehrerer EU-Staaten, der Schweiz und der Ukraine.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/meinung/189240-koennte-anfang-vom-ende-nato/>

Wie oft hat die Regierung schon eine Impfstoffkatastrophe vertuscht?

T.H.G., Dezember 6, 2023

Analyse eines Arztes aus dem Mittleren Westen – Die Geschichte auf einen Blick



- Irgendetwas an Impfstoffen (z. B. das Versprechen, dass eine einfache Injektion ausreicht, um alle Krankheiten sicher und wirksam zu bekämpfen) hat die Gemüter der Regierungsbeamten schon immer sehr erregt.
- Leider ist dieses Versprechen oft eine Lüge, so dass immer wieder unsichere und unwirksame Impfstoffe auf den Markt kommen. Wenn dies geschieht, tun die Beamten, die in sie investiert haben, alles in ihrer Macht Stehende, um die Impfstoffe vor einer Überprüfung zu schützen und jede rote Fahne zu vertuschen, die auftaucht (z.B. indem sie ihre eigenen Wissenschaftler zum Schweigen bringen).
- In früheren Jahrzehnten war die Presse weit weniger korrupt als heute, und gelegentlich wurden echte Untersuchungen über die Geschehnisse veröffentlicht. Ich habe viele dieser Sendungen gesammelt (die Sie sich hoffentlich ansehen können), weil sie dem heutigen Geschehen sehr nahekommen.
- Da diese Fernsehsendungen vielen, die unter den Impfschäden litten, deutlich machten, dass sie nicht allein waren, entstand für die Verantwortlichen ein massives PR-Problem, das schliesslich dadurch gelöst wurde, dass die Ausstrahlung weiterer Beiträge verhindert wurde. Dieser Artikel wurde in der Hoffnung geschrieben, dass die kollektive Amnesie durchbrochen werden kann.

Vor COVID-19 wussten nur wenige Menschen, dass es das VAERS (Vaccine Adverse Event Reporting System) gibt, und wenn es dennoch erwähnt wurde, wurde es oft als unzuverlässige Quelle abgetan, die nur die CDC oder die FDA auswerten konnten.

Da so viele Menschen durch die COVID-19-Impfstoffe geschädigt wurden, brachte dies VAERS eine beispiellose Aufmerksamkeit ein, die wiederum alle «Experten» auf den Plan rief, die die Gültigkeit des Systems infrage stellten und behaupteten, dass VAERS Impfschäden überschätzt (während VAERS sie in Wirklichkeit stark unterschätzt).

In Anbetracht der Tatsache, dass VAERS das «nationale Frühwarnsystem zur Aufdeckung möglicher Sicherheitsprobleme bei in den USA zugelassenen Impfstoffen» ist, ist es recht merkwürdig, dass es nach mehr als 30 Jahren immer noch nicht repariert und zu einer zuverlässigen Quelle gemacht wurde. Betrachtet man jedoch den historischen Kontext, in dem VAERS entstanden ist, ergibt die aktuelle Situation durchaus Sinn.

In dieser Serie werde ich einige vergessene Ereignisse aufarbeiten, die zeigen, wie weit die Regierung gehen wird, um einen tödlichen und unwirksamen Impfstoff zu vertuschen, und wie ähnlich diese Vertuschungen denen waren, die wir während der COVID-Impfkampagne gesehen haben.

Massenzensur

Der Vietnamkrieg wird von vielen als das Ereignis angesehen, das das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Bundesregierung erschütterte.

Anmerkung: Viele glauben, dass das konkrete Ereignis, das die amerikanische Öffentlichkeit gegen den Vietnamkrieg aufbrachte, das Massaker von My Lai war – ein Ereignis, bei dem amerikanische Soldaten beschossen, Kriegsverbrechen an vietnamesischen Zivilisten zu begehen, bis eine andere Gruppe amerikanischer Soldaten aus eigenem Antrieb beschloss, das Massaker zu beenden.

Ich habe hin und her überlegt, ob ich in diesem Artikel ausdrücklich darauf eingehen sollte, da ich es für wichtig halte, zu verstehen, was der Krieg in den Menschen hervorruft, aber ich habe schliesslich entschieden, dass es für viele Leser zu anschaulich war.

Dieser Vertrauensverlust in die Regierung beunruhigte natürlich die Regierung und führte dazu, dass das Pentagon eine koordinierte Kampagne durchführte, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert, und zwar durch:

- Abschaffung der Wehrpflicht und Umstellung auf eine reine Freiwilligenarmee.
- Sicherstellen, dass die Öffentlichkeit nur ein geschöntes Bild von den Geschehnissen in jedem zukünftigen Krieg erhält (z. B. durch eingebettete Journalisten, die von der Regierung genehmigtes Filmmaterial liefern, und die Massenmedien, die stark davon abgehalten werden, Filmmaterial zu liefern, das die Schrecken eines jeden Krieges aufdeckt).

Anmerkung: Major Colin Powell war einer der Pentagon-Offiziere, die die Bemühungen zur Vertuschung des My-Lai-Massakers anführten. Er stieg dann in der Hierarchie auf und wurde schliesslich George Bushs Verteidigungsminister. Er hat die UNO in Bezug auf die irakischen Massenvernichtungswaffen in infamer Weise belogen – eine Lüge, die Hunderttausende von Menschen tötete und die USA Billionen von Dollar kostete. Der Fall Powell ist einer von vielen, die zeigen, wie sehr die Regierung diejenigen belohnt, die ihre Greuelthaten vertuschen.

Es ist kaum zu beschreiben, wie viel Arbeit darauf verwendet wurde, die Schrecken des Krieges vor der Öffentlichkeit zu verbergen, und leider war dies bemerkenswert effektiv, indem der Krieg von etwas, das ein Grossteil der amerikanischen Öffentlichkeit vehement ablehnte, zu einer abstrakten Idee wurde, der sie weitgehend apathisch gegenüberstand.

Anmerkung: Der beste Dokumentarfilm, den ich gesehen habe und der erklärt, wie sich die Militärpropaganda im Laufe der Jahrzehnte verändert hat, ist «Why We Fight».

Im medizinischen Bereich kam es allmählich zu einer ähnlichen Welle der Massenzensur, die ebenfalls aus der Erkenntnis heraus entstanden zu sein scheint, dass die Pharmaindustrie es sich nicht leisten konnte, dass die Gefahren eines pharmazeutischen Produkts, insbesondere von Impfstoffen, jemals in der breiten Öffentlichkeit thematisiert wurden.

Im Gegenzug wurden viele der Ansätze, die zur Vertuschung der schrecklichen menschlichen Kosten unserer ausländischen Kriege entwickelt wurden, vom medizinisch-industriellen Komplex übernommen (z.B. verkauften dieselben PR-Firmen, die Amerika unerbittlich Kriege verkaufen, uns die COVID-Impfstoffe).

Wendepunkte in der medizinischen Zensur

Es gab zahlreiche medizinische Katastrophen, die eine breite öffentliche Empörung auslösten, und wie der Vietnamkrieg brachten diese Ereignisse die Regierung zu dem Schluss, dass die Öffentlichkeit unbedingt daran gehindert werden müsse, von künftigen medizinischen Greuelthaten Kenntnis zu erlangen. Zu diesen Ereignissen gehören unter anderem:

Der Polio-Impfstoff

1955 wurde nach einer beschleunigten Zulassung ein viel gepriesener Impfstoff von der Regierung freigegeben, und zwei Wochen später traten in ganz Amerika Fälle von Kindern auf, die an den Gliedmassen gelähmt waren, die mit dem Polio-Impfstoff von Salk geimpft worden waren. Nach einigen Untersuchungen wurde festgestellt, dass:

- Nur zwei der fünf Impfstoffhersteller die gleichen «sicheren» Impfstoffe hergestellt hatten, die in den klinischen Versuchen verwendet worden waren – was bedeutete, dass viele der Impfstoffe, die der Öffentlichkeit verabreicht wurden (die damals eine neue experimentelle Technologie waren), nie am Menschen getestet worden waren.
- Auf Drängen von Salk wurde bei der Massenproduktion des Impfstoffs ein anderes und weniger sicheres Herstellungsverfahren für den Impfstoff verwendet.

Anmerkung: Dies geschah auch bei den COVID-19-Impfstoffen, und viele glauben heute, dass dies ein Hauptgrund dafür ist, dass sie so gefährlich waren.

- Bernice Eddy, eine NIH-Mitarbeiterin, hatte sofort entdeckt, dass dieser massenhaft hergestellte Impfstoff bei Affen Lähmungen verursachte.

Anmerkung: Eddy hatte zuvor die NIH verärgert, nachdem sie entdeckt hatte, dass Adenovirus-Impfstoffe Krebs verursachen (was die NIH dazu veranlasste, ihrer Arbeit unzählige Hindernisse in den Weg zu

legen), aber schliesslich gewann Eddy und Adenovirus-Impfstoffe wurden nicht mehr an Kinder verabreicht – zumindest bis COVID-19 (da der J&J-Impfstoff ein modifiziertes Adenovirus ist).

- Alle lähmenden Impfstoffe stammten von demselben Hersteller (Cutter Laboratories).
Anmerkung: Spätere lähmende Chargen wurden auch von Wyeth (besser bekannt für die Herstellung des hochgefährlichen DPT-Impfstoffs) identifiziert, aber die Öffentlichkeit wurde nie darauf aufmerksam gemacht – was nach Ansicht des Leiters der Polio-Überwachungseinheit der CDC geschah, um zu verhindern, dass die Öffentlichkeit erkannte, dass der Polio-Impfstoff im allgemeinen unsicher und unwirksam war.
- Die (frühe) FDA übertrug die Sicherheitsprüfung des Impfstoffs an die Impfstoffhersteller, anstatt sie selbst durchzuführen.
- Es gab viele Sicherheitsbedenken bei den Tests des Salk-Impfstoffs, aber die Fachpresse zensierte sie und wiederholte stattdessen ständig die Botschaft, dass der Impfstoff völlig sicher und wirksam sei.

Die Öffentlichkeit war darüber verständlicherweise empört, die Regierung befand sich in einer Public-Relations-Krise, und vor den Gerichten zogen sich zahlreiche Klagen gegen Cutter hin. Als Reaktion darauf beschloss die Bundesregierung, sich direkt an allen Aspekten des Impfstoffprogramms zu beteiligen und wurde so von einem weitgehend neutralen externen Prüfer zu einem der Hauptbeteiligten.

Wie man sich denken kann, führte dieser Interessenkonflikt dazu, dass die Regierung motiviert war, jegliche Sicherheitsprobleme mit ihren Impfstoffen zu vertuschen (z. B. um ihre Investitionen zu schützen oder um in der Öffentlichkeit nicht schlecht dazustehen), und schon bald ging es mit dem Polio-Impfstoff wieder zur Tagesordnung über. Um Turtles All The Way Down (Schildkröten ganz nach unten) zu zitieren:

«Das vielleicht beunruhigendste Element des gesamten Programms war die Diskrepanz zwischen den bekannten Risiken und den wiederholten Zusicherungen der Sicherheit.» – Paul Meier, Professor für Epidemiologie an der Johns Hopkins University School of Public Health.

Die Nationale Stiftung erklärte in einer Mitteilung an die Ärzte ebenfalls mit Nachdruck, dass der [Polio-]Impfstoff völlig sicher sei und dass das Risiko von Lähmungserscheinungen «gleich Null» sei.

«Die beste Art und Weise, ein neues Programm voranzutreiben, besteht darin, eine Entscheidung zu treffen, die man für die beste hält, und sie danach nicht mehr in Frage zu stellen, und darüber hinaus keine Fragen an die Öffentlichkeit zu stellen oder die Öffentlichkeit einer offenen Diskussion über das Thema auszusetzen.» – Paul Meier bei einer Expertenrunde über den Impfstoff.

1960, fünf Jahre nach dem Cutter-Vorfall, stellte Bernice Eddy, eine NIH-Mitarbeiterin, fest, dass die Polio-Impfstoffe mit einem krebserregenden Virus (SV-40) kontaminiert waren und nicht an die Öffentlichkeit abgegeben werden durften. Als sie ihre Vorgesetzten alarmierte, wurde sie angewiesen, dies nicht zu veröffentlichen (damit die Öffentlichkeit ihr Vertrauen in das Impfprogramm nicht verlor), entschloss sich aber schliesslich, ihre Erkenntnisse auf einer Krebskonferenz zu veröffentlichen – woraufhin sie sofort degradiert wurde und ihr Labor verlor.

Anmerkung: 1959 war den Regierungsbeamten bewusst geworden, dass ihr Impfstoff Krebs verursachte, und sie versuchten verzweifelt, einen Weg zu finden, dieses Problem zu lösen (das Problem war letztlich ein Produkt der Kosteneinsparung durch die Herstellung der Impfstoffe mit importierten Affennieren), während sie gleichzeitig alles taten, um sie in der Öffentlichkeit zu bewerben.

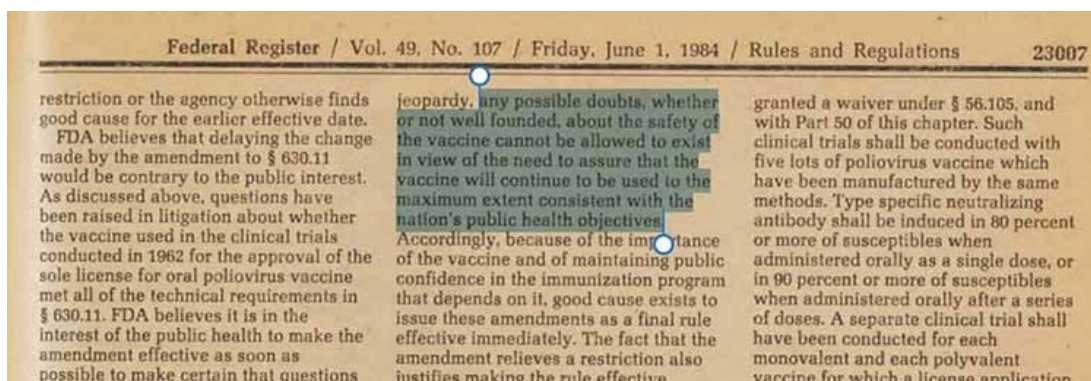
Im Lauf der Zeit tauchten immer mehr Beweise dafür auf, dass die Polioimpfstoffe mit dem SV-40-Virus verunreinigt waren. Schliesslich zwang die Bundesregierung 1963 die Impfstoffhersteller, die Anzucht des Impfstoffs auf kontaminierten SV-40-Affennieren einzustellen – zu diesem Zeitpunkt waren zwischen 40 und 98 Millionen Amerikaner (und noch viel mehr weltweit) infiziert – obwohl man davon ausgehen kann, dass SV-40 bis etwa zum Jahr 2000 in einigen Impfstoffen enthalten war.

Anmerkung: Obwohl die US-Gesundheitsbehörden erklärten, dass SV-40 beim Menschen keinen Krebs verursacht, gibt es zahlreiche Berichte von Ärzten, die nach der Markteinführung der Polio-Impfstoffe eine explosionsartige Zunahme von Krebserkrankungen beobachteten. Ich halte diese Theorie für stichhaltig, da eine der gängigsten Therapien, die wir gefunden haben und die durchweg bei soliden Tumoren hilft (von denen man annahm, dass sie SV-40 verursachen), offenbar als Gegenmittel gegen das SV-40-Virus wirkt. Kürzlich wurde entdeckt, dass die rücksichtslose Methode, die für die schnelle Massenproduktion der COVID-Impfstoffe gewählt wurde, dazu führte, dass diese mit der Promotorregion des SV-40-Virus kontaminiert wurden (was wiederum von vielen als krebserregend vermutet wird).

Ferner werden viele schreckliche Nierenkrankheiten stark mit SV-40 in Verbindung gebracht (und sind ebenfalls in ihrer Häufigkeit explodiert, seit die Polio-Impfstoffe auf den Markt kamen). Seitdem SV-40 durch das Impfprogramm in die Bevölkerung eingeführt wurde (und von Mensch zu Mensch und von Fötus zu Fötus übertragbar ist), hat man sich leider generell geweigert, seine Gefährlichkeit zu untersuchen – oder anzuerkennen, dass es noch Jahrzehnte später in den Impfstoffvorräten enthalten war.

Wer sich dafür interessiert, kann sich dieses hervorragende 28-minütige Video von Dr. Suzanne Humphries (die ich sehr bewundere) ansehen, in dem sie beschreibt, was passiert:

Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus dem Polio-Fiasko war das Eingeständnis der FDA gegenüber dem Bundesregister, dass jegliche Zweifel an der Sicherheit eines Impfstoffs, unabhängig von ihrer Gültigkeit, nicht bestehen dürfen, da dies dazu führen würde, dass weniger Menschen den Impfstoff erhalten:



Anmerkung: Diese Massnahme wurde wahrscheinlich als Reaktion auf die Bedenken getroffen, dass die spezifischen Polioimpfstoffe, die später zu Lähmungen führten, nicht die waren, die in den klinischen Versuchen getestet worden waren. Leider bestand die «Lösung» der FDA darin, einfach alle Impfstoffchargen nicht mehr zu testen.

Das Schweinegrippe-Fiasko

Als die ersten Grippeimpfstoffe 1945 auf den Markt kamen, stiessen sie in der Öffentlichkeit auf wenig Interesse. Joseph Anthony Morris, PhD, wurde von der frühen FDA angeworben, um die Sicherheit und Wirksamkeit dieser Impfstoffe zu erforschen (was ihn schliesslich zum Chief Vaccine Control Officer der FDA machte).

Nachdem er jedoch festgestellt hatte, dass die Impfstoffe unwirksam (nur 0-40% der Zeit wirksam) und unsicher waren, ignorierten seine Vorgesetzten seine Daten und gaben die Impfstoffe frei, während sie behaupteten, sie seien sicher und wirksam.

Wie Bernice Eddy war auch er erheblichen Vergeltungsmassnahmen ausgesetzt: Er wurde schikaniert, degradiert, verlor den Zugang zu seinem Labor und wurde daran gehindert, seine Ergebnisse zu veröffentlichen. Vor seiner Entlassung beschloss Morris, das grobe Fehlverhalten der FDA zu bekämpfen, indem er einen Anwalt engagierte und sich an den Senat wandte. Dies führte 1972 zu einer Anhörung im Senat, die zu dem Schluss kam, dass die von Morris angesprochenen Probleme nur die Spitze des Eisbergs seien, und infolge der Anhörung wurden 32 unsichere und unbewiesene Impfstoffe vom Markt genommen.

Vor allem aber wurde das Verhalten des Vorläufers der FDA (der sogenannten DBS) als so ungeheuerlich eingestuft, dass er abgeschafft und durch die moderne FDA ersetzt wurde (die leider die Fäulnis innerhalb der Behörde nicht behoben hat).



Nach seiner Versetzung zur neuen FDA (wo er aufgrund der jüngsten Senatsuntersuchung vor einer Kündigung geschützt war) war er weiterhin für die Grippe zuständig, und im Februar 1976 wurde bei einem Soldaten, der im März starb, ein Schweinegrippestamm gefunden. Während die FDA versuchte, die Angst vor

einer neuen Grippe von 1918 zu schüren, wurde Morris zu den Ermittlungen hinzugezogen und kam zu dem Schluss, dass der Schweinegrippestamm kein Grund zur Besorgnis sei, da er nur selten von Mensch zu Mensch übertragbar sei.

Anmerkung: Soweit ich weiss, waren die beiden tödlichsten Seuchen in der Geschichte der Menschheit der Schwarze Tod (von dem noch immer nicht viel bekannt ist) und die Grippe von 1918. Aufgrund der Grippe von 1918 war die medizinische Gemeinschaft darauf fixiert, zu verhindern, dass sich so etwas wiederholt, was unter anderem dazu führte, dass Amerika mit einem riesigen Grippeimpfungsapparat überschwemmt wurde, der leider vielen geschadet hat, aber durchweg keinen Nutzen brachte.

Da sich dieser Schweinegrippestamm nur langsam vermehrte, war es nicht möglich, genügend davon zu produzieren, um einen Impfstoff herzustellen, bevor die «Pandemie» in Vergessenheit geriet. Deshalb hatte jemand eine wirklich verblüffende Idee – warum sollte man ihn nicht mit der schnell wachsenden Grippe von 1918 kreuzen? Da dies die Möglichkeit bot, den Zeitplan für die Impfstoffproduktion einzuhalten, wurde diese Idee von der Regierung unterstützt.

Dr. Morris war mit dieser Idee nicht einverstanden und entdeckte bald, dass der Notimpfstoff unsicher und unwirksam war, doch als er dies seinen Vorgesetzten bei der FDA meldete, wurde er angewiesen, seine Bedenken für sich zu behalten. Morris beschloss daraufhin, auf eine Vortragsreise zu gehen, die ihn auch in die Donahue-Show (eine der grössten Talkshows Amerikas) führte, und warnte die Öffentlichkeit vor den Gefahren des Impfstoffs.

Anmerkung: Ich habe keine Abschrift oder Kopie dieser Sendung von 1976 finden können. Einem Bericht zufolge warnte Morris jedoch davor, dass der experimentelle Impfstoff schwere allergische und neurologische Reaktionen hervorrufen könne, eine sehr geringe Wirksamkeit habe und völlig unnötig sei, da es sich bei dem Virus um ein gewöhnliches Schweinevirus handle, das nicht hochpathogen sei und innerhalb von zwei Wochen nach seiner Entdeckung im Februar ausgestorben und nirgendwo sonst gesehen worden sei. Seine Warnung wurde jedoch nicht beachtet, und der Impfstoff wurde in ganz Amerika verteilt. Es dauerte nicht lange, bis sich die Schäden durch diesen experimentellen Impfstoff häuften: Hunderte wurden durch das Guillain-Barré-Syndrom gelähmt, Dutzende starben, und Tausende Klagen wurden eingereicht.

Anmerkung: Die offizielle Zählung hat die Zahl der Verletzungen wahrscheinlich unterschätzt. So berichteten Kollegen, die zu dieser Zeit in der Praxis tätig waren, dass sie zahlreiche Patienten hatten, die durch den Impfstoff geschädigt wurden oder das Guillain-Barré-Syndrom entwickelten. Als die COVID-19-Impfstoffe auf den Markt kamen, erzählte mir eine Patientin, die sich weigerte, sich impfen zu lassen, dass sie immer noch mit schweren Verletzungen durch den Impfstoff von 1976 zu kämpfen hatte und nicht noch einmal auf den Betrug der Regierung hereinkommen würde.

So wie es bemerkenswert ist, dass die Donahue-Show bereit war, den Bedenken von Dr. Morris öffentlich eine Plattform zu geben, so ist es auch bemerkenswert, dass die Sendung Sixty Minutes in ganz Amerika ausgestrahlt wurde und wie unheimlich die Parallelen zu dem sind, was Jahrzehnte später mit den COVID-19-Impfstoffen geschah:

Was ich an diesem Clip am aussergewöhnlichsten finde, ist, dass der Impfstoff von 1976 zwar viel weniger schädlich war als der COVID-19-Impfstoff, dass aber in der heutigen Zeit der Massenzensur die Ausstrahlung eines solchen Beitrags undenkbar wäre.

Eines der bemerkenswertesten Dinge an diesen Ereignissen ist, wie sie mit den Augen der Regierungsbeamten gesehen wurden. Der «Public Health Crisis Survival Guide» (zitiert über Oxford) gibt einen bemerkenswerten Einblick in die Denkweise der Behörden:

«Anfang 1976 schlugen die Centers for Disease Control and Prevention einen Plan zur Impfung des Landes gegen die Schweinegrippe vor, eine neue Infektion, die erst kürzlich auf einem Armeestützpunkt in New Jersey aufgetreten war. Während sich die Verantwortlichen der Behörde einbildeten, die Herausforderung einer Krise zu meistern, führten Missmanagement und schlechte Kommunikation zu einem Debakel für die öffentliche Gesundheit.

Zu den Problemen gehörten logistische Schwierigkeiten bei der Herstellung des Impfstoffs, Streitigkeiten mit dem Kongress und die Unfähigkeit, das Impfziel zu revidieren, da die Krankheit nie zurückkehrte. Als die geimpften Personen an neurologischen Komplikationen erkrankten, wurden die Impfbemühungen eingestellt, aber nicht bevor das Vertrauen in die öffentlichen Gesundheitsbehörden schwer beschädigt war.»

Anmerkung: Dies bedeutet, dass der «Fehler» in diesem Debakel eine schlechte Kontrolle der Medien war, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in das so wichtige Impfprogramm beschädigt hat, und nicht etwa, dass ein unsicherer, unwirksamer und nicht benötigter Impfstoff auf den Markt gebracht wurde und alle gegenteiligen Warnungen ignoriert wurden.

Keuchhusten

Der ursprüngliche Keuchhustenimpfstoff, der vor einem Jahrhundert entwickelt wurde, war unglaublich gefährlich, und von Anfang an tauchten Beweise auf (die ich hier zusammengestellt habe), die zeigten, dass er zu Krampfanfällen, dauerhaften Hirnschäden und zum plötzlichen Tod von Säuglingen führte.

Ich habe mich ausgiebig mit diesem Thema beschäftigt, weil mehrere Verwandte davon bleibende Hirn-schäden davongetragen haben (einen davon konnten wir schliesslich behandeln und im Lauf der Zeit die verlorenen neurologischen Funktionen erfolgreich wiederherstellen), und bis heute treffe ich regelmässig Menschen (z.B. einen Epileptiker), deren ganzes Leben durch diesen Impfstoff auf den Kopf gestellt wurde. Das Traurigste an der ganzen Sache ist, dass:

- In jedem Fall erkannte der Kinderarzt des Kindes die anfängliche unerwünschte Reaktion nicht (die als Kontraindikation für die spätere dauerhafte Behinderung hätte erkannt werden müssen) und leugnete häufig die Verletzung des Kindes, indem er darauf bestand, dass der Impfstoff zu 100% sicher und wirksam sei.
- Der Nutzen der Keuchhustenimpfung ist bestenfalls marginal (z. B. treten Ausbrüche häufig in geimpften Gemeinden auf).
- Keuchhusten kann leicht mit Antibiotika und oralem Vitamin C behandelt werden.
- Es war möglich, einen sichereren (aber nicht völlig sicheren) Impfstoff gegen Keuchhusten herzustellen. Da die Herstellung dieser Impfstoffe jedoch teurer ist, hat die Industrie dies nie getan, bis sie in den 1980er-Jahren durch Gerichtsverfahren finanziell dazu veranlasst wurde.

Anmerkung: Dies ähnelt sehr dem berühmten Ford Pinto-Memo, in dem die Unternehmensleitung von Ford beschloss, die Neigung des Pinto, nach Autounfällen zu explodieren, nicht zu beheben, da die Kosten für die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten deutlich geringer waren als die Kosten für die Verbesserung der Sicherheit der Autos bei Unfällen. Leider gibt es auch viele ähnliche Beispiele dafür, dass der Profit über den Menschen gestellt wird.

Doch anstatt den Keuchhustenimpfstoff vom Markt zu nehmen (oder zumindest einen sichereren Impfstoff zu fordern), ignorierten die Regierungsbeamten die zahllosen Probleme, auf die sie stiessen, und setzten den Impfstoff weiterhin in der Welt durch (selbst als andere Industrienationen ihn stetig vom Markt nahmen).

Anmerkung: Eine Denkschule argumentiert, dass die Verbundenheit der Regierung mit dem Keuchhustenimpfstoff daher rührt, dass er immer zusammen mit dem Tetanus- und Diphtherieimpfstoff verpackt wird, und dass der Tetanusimpfstoff (wenn er mit HcG versetzt ist) der wirksamste sterilisierende Impfstoff ist, der je entwickelt wurde (die WHO verbrachte Jahrzehnte mit seiner Entwicklung, und es gibt viele tragische Fälle, in denen er in der Dritten Welt eingesetzt wurde).

Schliesslich beschloss 1982 ein investigativer Journalist von NBC, ein Exposé über diesen Impfstoff zu veröffentlichen, das erneut deutlich machte, wie sehr die amerikanische Regierung lügt, um ihr Impfprogramm zu schützen: Nach der Ausstrahlung des Videos begannen Klagen gegen die DPT-Hersteller, und Eltern aus dem ganzen Land wandten sich an NBC mit der Bitte, mit anderen Eltern mit ähnlichen Verletzungen in Verbindung gebracht zu werden. Es dauerte nicht lange, bis sich diese Eltern zu einer Gruppe zusammenschlossen, die erfolgreich die moderne politische Bewegung gegen die Impfstoffhersteller ins Leben rief.

Gardasil

In den 1970er- und 1980er-Jahren durften abtrünnige Ärzte ihre Einwände gegen die medizinische Industrie im nationalen Fernsehen öffentlich äussern.

Robert S. Mendelsohn zum Beispiel war ein angesehener (und begabter) Kinderarzt, der zum medizinischen Dissidenten wurde, als er erfuhr, dass die Johnson-Regierung plante, die öffentliche Gesundheit gegen die Armen zu bewaffnen (um sie in der Armut zu halten), was laut einem Kollegen, den Mendelsohn als Mentor betreute, «ein zu grosser Affront gegen seine jüdischen Werte war, als dass er sich daran hätte beteiligen können».

Mendelsohns Arbeit wiederum begründete einen Grossteil der modernen Impfstoffsicherheitsbewegung, und er durfte auf den grössten Medienplattformen in Amerika sprechen, was heute undenkbar wäre. Nehmen wir zum Beispiel diesen Beitrag von 1985 in der Donahue-Show:

Bill Clinton wiederum hat dieses Problem (entweder absichtlich oder unabsichtlich) «gelöst». Im Jahr 1997 legalisierte seine FTC die direkte Arzneimittelwerbung für Verbraucher. Es gibt viele Probleme mit dieser Praxis (die USA und Neuseeland sind im Wesentlichen die einzigen Länder, die sie zulassen), und eine Auswirkung war, dass sie finanziellen Druck auf die Sender ausübte, keine pharmakritischen Berichte zu senden, sobald sie von ihren Werbeeinnahmen abhängig geworden waren.

Anmerkung: Um zu veranschaulichen, wie zersetzend diese Dollars sind – RFK Jr. war eng mit dem Vorsitzenden und CEO von «Fox News» befreundet. RFK hat wiederholt erzählt, dass Ailes RFK bei der Produktion eines Beitrags über die Gefahren von Quecksilber in Impfstoffen sehr unterstützt hat, aber letztendlich gezwungen war, die Produktion zu streichen, weil die Mehrheit der Fox-Werbung von der Pharmaindustrie kam (z. B. 17–18 der 22 Werbespots in einer typischen Nachrichtensendung).

Es ist daher bemerkenswert, dass Tucker Carlson seine Position als beliebtester Nachrichtensprecher in Amerika nutzen konnte, um die COVID-Impfstoffe zu kritisieren, und es ist gleichzeitig nicht überraschend, dass Fox bereit war, sich selbst in den Fuss zu schiessen, indem sie ihn feuerten, nachdem er eine vernich-

tende Kritik darüber ausgestrahlt hatte, wie unsere Medien das amerikanische Volk für Pfizer und Moderna verkauft hatten.

Auch Sharyl Attkisson, eine beliebte nationale Nachrichtensprecherin für CBS und eine mit dem Emmy ausgezeichnete Journalistin, erzählte, dass die Pharmaindustrie Anfang der 2000er Jahre, als sie den Druck spürte, den die negative Berichterstattung über katastrophale Impfprogramme auf sie ausübte, Lobbyarbeit betrieb, um künftige negative Berichterstattung zu verhindern, und dass es ihr daraufhin unmöglich wurde, gut produzierte Beiträge auszustrahlen, die sich kritisch mit Impfstoffinitiativen befassten.

Da diese Werbung in Europa nicht legal ist, hatten die Sender mehr Möglichkeiten, kritische Inhalte zu senden (obwohl die Gates-Stiftung in Europa die Presse durch grosse «Zuschüsse» an führende Nachrichtenorganisationen wie den «Guardian» bis zu einem gewissen Grad zum Schweigen gebracht hat).

Vor der Einführung von COVID-19 hielt ich den HPV-Impfstoff (Gardasil) für einen der historisch schlechtesten Impfstoffe:

- Es war völlig unnötig und wurde nur aus Profitgründen hergestellt.
- Die klinischen Studien zeigten, dass er extrem gefährlich war. So entwickelten beispielsweise zwischen 2,5% und 50% der Geimpften (die Spanne ist gross, weil Merck bei der Berichterstattung über die Verletzungen absichtlich vage blieb) Autoimmunerkrankungen und neurologische Störungen.
- Viele junge Mädchen, die ich kenne, erlitten durch den Impfstoff schwere und dauerhafte Schäden.
- Von dem Moment an, als Gardasil auf den Markt kam, wurden die FDA und die CDC mit Berichten über schwerwiegende unerwünschte Wirkungen überschwemmt – die sie, wie bei den COVID-19-Impfstoffen, nach Kräften zu vertuschen versuchten (oft auf sehr ähnliche Weise).
- Der Impfstoff hat das physiologische Zeta-Potenzial stark beeinträchtigt, eine Eigenschaft, die ich bei vielen der anderen schädlichsten Impfungen der Geschichte beobachtet habe (z. B. Anthrax und COVID-19).

Wie Sie sich vorstellen können, wurde in der amerikanischen Presse so gut wie nicht über die Gefahren des Impfstoffs (oder den Betrug während der klinischen Versuche) berichtet. Da die Pharmaindustrie jedoch nicht die europäischen Medien beherrschte, produzierte ein dänischer Sender schliesslich einen (sehr zurückhaltenden) Dokumentarfilm über die durch den HPV-Impfstoff verursachten Schäden und die mangelnde Bereitschaft der Regierungen, etwas dagegen zu unternehmen:

Wie viele der vorangegangenen Nachrichtensendungen war auch diese (obwohl sie nur sehr zurückhaltend erwähnt wurde) äusserst kontrovers, verbreitete sich wie ein Lauffeuer und machte vielen durch die HPV-Impfung geschädigten Mädchen klar, dass sie nicht allein sind.

Schlussfolgerung

Als COVID-19 begann, habe ich vielen Menschen gesagt, dass ich wusste, was passieren würde und im Lauf der Zeit habe ich immer eindringlicher vor den Impfstoffen gewarnt. Jetzt, wo sich der Staub gelegt hat, haben mich viele gefragt, woher ich wusste, dass es passieren würde, und meine Antwort ist immer dieselbe: Was wir alle gerade gesehen haben, ist genau das, was sie seit Jahrzehnten tun.

In dieser Serie habe ich versucht, einige der vergessenen Beispiele dafür aufzuzeigen, wie weit die Regierung gehen wird, um einen schlechten Impfstoff zu schützen, und leider gibt es noch viele weitere, die ich hier nicht besprochen habe (z.B. solche, die dem Militär zwangsweise verabreicht wurden, wie der katastrophale Anthrax-Impfstoff, der von denselben Leuten vorangetrieben wurde, die die Einführung von COVID-19 leiteten).

Obwohl tragisch, glaube ich, dass der wichtigste Aspekt jeder dieser Geschichten einfach die Tatsache ist, dass sie in Vergessenheit geraten sind und uns daher das Gleiche wieder und wieder und wieder angetan werden kann. Aus diesem Grund glaube ich, dass die in diesem Artikel erzählten Geschichten so wichtig sind, dass man sie zur Kenntnis nehmen sollte (da sie alle produziert wurden, bevor Clinton die Direktwerbung für Medikamente legalisierte und Pharmadollars die Nachrichtenmedien aufkauften).

Gleichzeitig glaube ich jedoch, dass diese Zensur (die begann, als die katastrophalen und experimentellen Pockenimpfstoffe der Welt aufgezwungen wurden) nicht ewig aufrechterhalten werden kann, insbesondere aufgrund der Zeit, in der wir leben.

Als der Pockenimpfstoff (auf den hier näher eingegangen wird) 1796 in die Welt gesetzt wurde, war die Geschwindigkeit, mit der sich die Kommunikation im Bewusstsein der Welt verbreitete, recht langsam, so dass die Regierungen und die Ärzteschaft die Zahl der Opfer des Impfstoffs vertuschen und die kleinen Proteste gegen die Zwangsimpfung unterdrücken konnten, die dennoch aufkamen.

Dennoch brach neunundachtzig Jahre später, im Jahr 1885, aufgrund der ungeheuerlichen Wirkung des Impfstoffs ein massiver öffentlicher Protest aus, der die Impfpflicht (und die Pocken – da der Impfstoff eine Hauptursache für die Ausbrüche war) beendete.

Wenn ich mir die Kämpfe unserer Vorfahren anschau, sehe ich sie als eine riesige Quelle, die sich immer mehr zusammenzog, je mehr Tote durch die Pockenimpfung zu beklagen waren. Schliesslich war der Druck in der Feder so gross, dass sie selbst dann nicht mehr in ihre ursprüngliche Form zurückkehren konnte, als die Regierung alle ihr zur Verfügung stehende Kraft aufbrachte.

Anmerkung: Eine andere gängige Metapher für das, was ich beschreibe, ist ein unter Druck stehender Damm, der schliesslich bricht, aber ich halte diese Metapher für weniger zutreffend, weil das, was wir erleben, eher einer elastischen Welle ähnelt, die durch die Gesellschaft zurückprallt (was eine der vielen Arten ist, wie Karma beschrieben wird).

Unser modernes Zeitalter ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Zeit in einem noch nie dagewesenen Tempo bewegt – was bis zu einem gewissen Grad darauf zurückzuführen ist, wie schnell sich Ideen im digitalen Zeitalter über den Planeten verbreiten. Infolgedessen breiten sich diese elastischen Wellen rasch in der Gesellschaft aus, und die dysfunktionalen Paradigmen, die zuvor jahrhundertlang festgehalten werden konnten, können sich stattdessen oft innerhalb eines Wimpernschlags auflösen.

Anmerkung: Eines der bekanntesten historischen Beispiele dafür war der plötzliche Fall der Berliner Mauer, den ich kürzlich in einem Artikel über meinen Lieblingsfilm besprochen habe.

Aus diesem Grund sehen sich die Verantwortlichen ständig mit Ereignissen konfrontiert, die völlig ausserhalb ihrer Vorhersagen liegen. So waren die COVID-19-Impfstoffe von Anfang an als Jahresimpfstoff vorgesehen (das meiste Geld im Impfstoffgeschäft wird mit Impfstoffen für Erwachsene verdient, da sie höhere Gewinnspannen aufweisen und an weit mehr Menschen verkauft werden können als die Kinderimpfstoffe, die auf jeden Geburtsjahrgang beschränkt sind).

Doch obwohl die Regierung alles getan hat, um die Gefahren dieser Impfstoffe zu vertuschen und sie der Bevölkerung aufzudrängen, ist der Markt für diese Impfstoffe bereits tot, und fast niemand will die Auffrischungsimpfung. Kurz gesagt, was zuvor über ein Jahrhundert gedauert hat, geschah in weniger als zwei Jahren, und nun prallt der Stress, der sich in der Gesellschaft durch das Aufzwingen dieses Produkts aufgebaut hat, auf die Menschen zurück, die es verursacht haben.

Als ich anfang, über Substack zu schreiben, war es mein vorrangiges Ziel, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um das Tempo zu beschleunigen, mit dem sich die «Feder» des COVID-19-Impfstoffs entspannen würde, damit das immense Leid, das er verursacht, in gewissem Masse verringert werden könnte. Doch jetzt, wo ich beobachte, wie sich diese Feder rasch entspannt, wird mir klar, dass sie eine Dynamik entwickelt hat, die die viel grössere Feder in Gang setzt, die durch das gesamte Impfprogramm entsteht.

Aus diesem Grund sind die Menschen im Alltag viel offener dafür, das Impfprogramm kritisch zu bewerten, etwas, das keiner von uns je in seinem Leben erlebt hat. Denken Sie daran, dass viele der frühen Aktivisten für die Sicherheit von Impfstoffen (z. B. Barbara Loe Fisher, Sherri Tenpenny und Suzanne Humphries) jahrzehntelang weitgehend allein und fast ohne öffentliche Unterstützung gegen den monolithischen Impfstoff-Moloch gearbeitet haben, den die Bundesregierung aufgebaut hatte.

Doch nun verbreiten sich die Botschaften, für die so viele so lange gearbeitet haben, wie ein Lauffeuer, und die jetzige Generation von Impfstoffsicherheitsaktivisten scheint endlich in der Lage zu sein, das Werk zu vollenden, für das so viele vor uns den Weg bereitet haben.

Die herrschende Klasse ist sich sehr wohl bewusst, dass das Modell, mit dem sie die Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg kontrolliert hat, nicht mehr funktioniert (z.B. gibt es zahllose unabhängige Journalisten im Internet, die in ihrer Freizeit die kostspieligen Propagandakampagnen, auf die sich die Regierungen zur Durchsetzung ihrer Politik verlassen haben, umstossen können).

Aus diesem Grund verdoppeln sie ihren Zensurapparat (was meiner Meinung nach begann, nachdem die Trump-Wahl 2016 und der Brexit die Erwartungen des herrschenden Establishments erschüttert hatten).

Auch wenn sie wahrscheinlich noch viel mehr tun werden, glaube ich, wie die vollständige Ablehnung der COVID-Befürworter zeigt, dass die Bemühungen der herrschenden Klasse letztlich eine Übung in Vergeblichkeit sind, da sich im Frühjahr zu viel Druck aufgebaut hat, als dass irgendetwas ihn aufhalten könnte.

Ich danke jedem von Ihnen für die Lektüre dieses Artikels, für Ihre Unterstützung dieser Veröffentlichung und für die Rolle, die jeder von Ihnen als Katalysator für diesen längst überfälligen Wandel spielt.

In der zweiten Hälfte dieser Serie werde ich untersuchen, wie die NBC-Produktion von 1982 zur Gründung von VAERS führte, wie die Regierung vorhersehbar alles tat, was sie konnte, um sie zu bekämpfen, und wie diese Geschichte den aktuellen Zustand der dysfunktionalen Datenbank geformt hat, auf die sich viele von uns während der Pandemie verlassen haben.

Eine Anmerkung von Dr. Mercola über den Autor

A Midwestern Doctor (AMD) ist ein zertifizierter Arzt im Mittleren Westen und ein langjähriger Leser von Mercola.com. Ich schätze seine aussergewöhnlichen Einsichten zu einer Vielzahl von Themen und bin dankbar, dass ich sie mit ihm teilen kann. Ich respektiere auch seinen Wunsch, anonym zu bleiben, da er immer noch an vorderster Front steht und Patienten behandelt. Um mehr von AMDs Arbeit zu erfahren, sollten Sie sich «The Forgotten Side of Medicine» auf Substack ansehen.

QUELLE: HOW MANY TIMES HAS THE GOVERNMENT COVERED UP A VACCINE DISASTER?

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-oft-hat-die-regierung-schon-eine-impfstoffkatastrophe-vertuscht/>

Israel eröffnet das Schlachthaus in Gaza wieder

Von Chris Hedges, T.H.G., Dezember 5, 2023,

Phase Eins von Israels völkermörderischem Feldzug gegen Gaza ist beendet. Phase zwei hat begonnen. Sie wird zu einem noch höheren Mass an Tod und Zerstörung führen.

Der Himmel über Gaza ist – nach einem siebentägigen Waffenstillstand – mit Geschossen des Todes gefüllt. Kampfflugzeuge. Angriffs-Hubschrauber. Drohnen. Artilleriegranaten. Panzergranaten. Mörser. Bomben. Raketen. Gaza ist eine Kakophonie aus Explosionen, verzweifelten Schreien und Hilferufen unter eingestürzten Gebäuden. Die Angst hat sich wieder einmal um jedes Herz im Konzentrationslager von Gaza gewickelt. Bis Freitagabend wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza 184 Palästinenser – darunter drei Journalisten und zwei Ärzte – durch israelische Luftangriffe im Norden, Süden und Zentrum des Gazastreifens getötet und mindestens 589 verletzt. Die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder. Israel lässt sich nicht abschrecken. Es plant, die Arbeit zu Ende zu bringen, das, was im Norden des Gazastreifens übriggeblieben ist, auszulöschen und das, was im Süden übriggeblieben ist, zu dezimieren, den Gazastreifen unbewohnbar zu machen und die 2,3 Millionen Einwohner in einer massiven Kampagne der ethnischen Säuberung durch Hunger, Terror, Abschachten und Infektionskrankheiten zu vertreiben.

Die Hilfskonvois, die symbolische Mengen an Lebensmitteln und Medikamenten brachten – die erste Ladung bestand nach Angaben des Direktors des al-Najjar-Krankenhauses aus Lechentüchern und Corona-virus-Tests – wurden gestoppt. Niemand, am allerwenigsten Präsident Joe Biden, plant, einzugreifen, um den Völkermord zu stoppen. Aussenminister Antony Blinken besuchte diese Woche Israel und forderte Israel zwar auf, die Zivilbevölkerung zu schützen, weigerte sich aber, Bedingungen zu stellen, die die 3,8 Milliarden Dollar, die Israel jährlich an Militärhilfe erhält, oder das zusätzliche Hilfspaket von 14,3 Milliarden Dollar beeinträchtigen würden. Die Welt wird passiv zusehen und nutzlose Floskeln über weitere chirurgische Angriffe murmeln, während Israel sein Rouletterad des Todes dreht. Wenn Israel damit fertig ist, wird die Nakba von 1948, bei der Palästinenser in Dutzenden von Dörfern massakriert und 750'000 Menschen von zionistischen Milizen ethnisch gesäubert wurden, wie ein kurioses Relikt aus einer zivilisierteren Zeit aussehen.

Nichts ist tabu. Krankenhäuser. Moscheen. Kirchen. Wohnhäuser. Wohnblocks. Flüchtlingslager. Schulen. Universitäten. Medienbüros. Banken. Abwassersysteme. Telekommunikationsinfrastruktur. Wasseraufbereitungsanlagen. Bibliotheken. Weizenmühlen. Bäckereien. Märkte. Ganze Stadtteile. Israels Absicht ist es, die Infrastruktur des Gazastreifens zu zerstören und täglich Hunderte von Palästinensern zu töten oder zu verwunden. Der Gazastreifen soll zu einem Ödland werden, einer toten Zone, in der kein Leben mehr möglich sein wird.

Israel begann am Freitag mit der Bombardierung von Chan Yunis, nachdem es Flugblätter abgeworfen hatte, in denen die Zivilbevölkerung gewarnt wurde, weiter südlich nach Rafah, dem Grenzübergang zu Ägypten, zu evakuieren. Hunderttausende vertriebener Palästinenser hatten in Chan Yunis Zuflucht gesucht. Sobald die Palästinenser nach Rafah gedrängt werden, gibt es nur noch einen Ort, an den sie fliehen können – Ägypten. Das israelische Geheimdienstministerium fordert in einem durchgesickerten Bericht die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung des Gazastreifens auf die ägyptische Sinai-Halbinsel. Ein detaillierter Plan, die Palästinenser im Gazastreifen absichtlich zu vertreiben und sie nach Ägypten zu drängen, ist seit fünf Jahrzehnten Bestandteil der israelischen Doktrin. Bereits 1,8 Millionen Palästinenser in Gaza wurden aus ihren Häusern vertrieben. Sobald die Palästinenser die Grenze nach Ägypten überqueren – was die ägyptische Regierung und die arabischen Führer trotz des Drucks der USA zu verhindern versuchen – werden die Palästinenser nie wieder zurückkehren.

Dies ist kein Krieg gegen die Hamas. Es ist ein Krieg gegen die Palästinenser.

Die israelischen Angriffe erfolgen in schwindelerregender Geschwindigkeit, viele davon durch ein System namens «Habsora» – The Gospel –, das auf künstlicher Intelligenz basiert und täglich 100 Ziele auswählt.

Das KI-System wird von sieben derzeitigen und ehemaligen israelischen Geheimdienstmitarbeitern in einem Artikel von Yuval Abraham auf den israelischen Websites +972 Magazine und Local Call als eine «Fabrik für Massenmorde» beschrieben. Sobald Israel einen mutmasslichen Hamas-Aktivisten beispielsweise über ein Mobiltelefon lokalisiert hat, bombardiert und beschiesst es ein weites Gebiet um das Ziel herum und tötet und verwundet Dutzende, manchmal Hunderte von Palästinensern, heisst es in dem Artikel.

«Laut Geheimdienstquellen», heisst es in dem Bericht, «generiert Habsora unter anderem automatische Empfehlungen für Angriffe auf Privatwohnungen, in denen Personen leben, die verdächtig werden, Hamas- oder Islamischer Dschihad-Aktivisten zu sein. Israel führt dann gross angelegte Tötungsoperationen durch, indem es diese Wohnhäuser unter schweren Beschuss nimmt.»

Seit dem 7. Oktober wurden etwa 15'000 Palästinenser, darunter 6000 Kinder und 4000 Frauen, getötet. Etwa 30'000 wurden verwundet. Über 6000 werden vermisst, viele sind unter den Trümmern begraben. Mehr als 300 Familien haben 10 oder mehr Mitglieder ihrer Familie verloren. Im Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober mehr als 250 Palästinenser getötet und mehr als 3000 verletzt, obwohl das Gebiet nicht von der Hamas kontrolliert wird. Das israelische Militär gibt an, zwischen 1000 und 3000 der etwa

30'000 Hamas-Kämpfer getötet zu haben, was angesichts des Ausmasses des Angriffs eine relativ geringe Zahl ist. Die meisten Widerstandskämpfer verstecken sich in ihrem riesigen Tunnelsystem.

Israels Strategie ist die «Dahiya-Doktrin». Diese Doktrin wurde vom ehemaligen Generalstabschef der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF), Gadi Eizenkot, der Mitglied des Kriegskabinetts ist, nach dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon 2006 formuliert. Dahiya ist ein südlicher Vorort von Beirut und eine Hochburg der Hisbollah. Sie wurde von israelischen Jets bombardiert, nachdem zwei israelische Soldaten gefangen genommen worden waren. Die Doktrin besagt, dass Israel zur Abschreckung massive, unverhältnismässige Gewalt einsetzen und dabei die Infrastruktur und zivile Wohnhäuser zerstören sollte. Daniel Hagari, Sprecher der IDF, räumte zu Beginn des jüngsten israelischen Angriffs auf den Gazastreifen ein, dass der «Schwerpunkt» auf «Schaden und nicht auf Genauigkeit» liegen würde.

Israel hat seine Taktik des «Dachklopfens» aufgegeben, bei der eine Rakete ohne Gefechtskopf auf einem Dach landet, um die Bewohner zu warnen und zu evakuieren. Israel hat auch seine Telefonanrufe zur Warnung vor einem bevorstehenden Angriff eingestellt. Jetzt werden Dutzende von Familien in einem Wohnblock oder einer Nachbarschaft ohne Vorwarnung getötet.

Die Bilder der Massenvernichtung nähren den Rachedurst Israels nach dem demütigenden Einmarsch der Hamas-Kämpfer am 7. Oktober und der Tötung von 1200 Israelis, darunter 395 Soldaten und 59 Polizisten. Viele Israelis empfinden eine sadistische Freude über den Völkermord und fordern die Ermordung oder Vertreibung der Palästinenser, einschliesslich derjenigen im besetzten Westjordanland und derjenigen mit israelischer Staatsbürgerschaft.

Die Grausamkeit der Luftangriffe und der wahllosen Angriffe, die Unterbrechung der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten und die völkermörderische Rhetorik der israelischen Regierung machen diesen Krieg zu einem Krieg, dessen einziges Ziel die Rache ist. Dies wird weder für Israel noch für die Palästinenser gut sein. Er wird einen Flächenbrand im gesamten Nahen Osten entfachen.

Israels Angriff ist die letzte verzweifelte Massnahme eines Siedlerkolonialprojekts, das törichterweise glaubt, wie viele Siedlerkolonialprojekte in der Vergangenheit, den Widerstand einer einheimischen Bevölkerung mit Völkermord brechen zu können. Aber selbst Israel wird mit einem Mord dieses Ausmasses nicht davonkommen. Eine Generation von Palästinensern, von denen viele mit ansehen mussten, wie die meisten, wenn nicht alle, ihrer Familien getötet und ihre Häuser und Wohnviertel zerstört wurden, wird ein Leben lang nach Gerechtigkeit und Vergeltung dürsten.

Dieser Krieg ist noch nicht vorbei. Er hat nicht einmal begonnen.

Chris Hedges ist ein mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Journalist, der fünfzehn Jahre lang als Auslandskorrespondent für die «New York Times» tätig war, wo er das Büro für den Nahen Osten und das Büro für den Balkan leitete. Zuvor arbeitete er in Übersee für die «Dallas Morning News», den «Christian Science Monitor» und NPR. Er ist der Gastgeber der Sendung «The Chris Hedges Report».

*Er war Mitglied des Teams, das 2002 den Pulitzer-Preis für erklärende Berichterstattung für die Berichterstattung der «New York Times» über den weltweiten Terrorismus gewann, und er erhielt 2002 den Amnesty International Global Award für Menschenrechtsjournalismus. Hedges, der einen Master of Divinity der Harvard Divinity School besitzt, ist der Autor der Bestseller *American Fascists: Die christliche Rechte und der Krieg gegen Amerika*, *Empire of Illusion: The End of Literacy and the Triumph of Spectacle* und war Finalist des National Book Critics Circle für sein Buch *War Is a Force That Gives Us Meaning*. Er schreibt eine Online-Kolumne für die Website ScheerPost. Er hat an der Columbia University, der New York University, der Princeton University und der University of Toronto gelehrt.*

QUELLE: ISRAEL REOPENS THE GAZA SLAUGHTERHOUSE

Quelle: <https://uncutnews.ch/israel-eroeffnet-das-schlachthaus-in-gaza-wieder/>



Ein Artikel von Michael von der Schulenburg; 4. Dezember 2023 um 12:02
 Titelbild: dona nobis pacem – Der Krieg. Otto Dix (gemalt 1929-1932), Detailszene.
 Bild: jean louis mazieres, CC BY-NC-SA2.0

Dieser Artikel basiert auf einer Rede, gehalten auf der Kundgebung «Nie wieder Krieg – die Waffen nieder» vor dem Brandenburger Tor am 25. November 2023. Von Michael von der Schulenburg.

Wir leben in einer Welt, die zunehmend in den Würgegriff von Gewalt und Kriegen geraten ist. Wir müssen uns daher fragen: Wie kommen wir da wieder heraus und in welcher Welt wollen wir denn leben?

Nach Angaben der Vereinten Nationen war 2022 das Jahr mit den meisten, intensivsten und am längsten andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt seit dem Ende des Kalten Krieges – nach manchen Angaben sogar seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dieses Jahr wird es noch schlimmer geworden sein und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Situation wieder beruhigen wird. Im Gegenteil. Mit dem immer weiter sich anheizenden Konflikt der USA mit China um die globale Vormacht könnte die Menschheit vor noch gefährlicheren Zeiten stehen. Ohne eine entschiedene Umkehr ist zu befürchten, dass Gewalt und Kriege weltweit erneut zur grössten Gefährdung der Menschheit führen.

Gewalt bringt keinen Frieden

Es hat sich wieder der Irrglaube durchgesetzt, dass Konflikte nur durch Gewalt gelöst werden könnten, dass wir erst militärisch siegen, ja, der Gegenseite erst einen vernichtenden Schlag versetzen müssten, um zu einem Frieden zu kommen. In keiner der kriegerischen Auseinandersetzungen gibt es heute ernsthafte diplomatische Bemühungen, um die Konflikte, die diesen Kriegen zugrunde liegen, zu lösen.

Die Kunst der Diplomatie scheint als Schwäche in Misskredit geraten zu sein. Denn die meisten Kriege haben sich über Jahre, ja, über Jahrzehnte als schwelende Konflikte angedeutet, bevor sie in einer kriegerischen Auseinandersetzung explodiert sind. Ist es erst einmal zum Krieg gekommen, scheinen beide Seiten, oft befeuert und unterstützt von ausländischen Staaten, in einer kompromisslos tödlichen Auseinandersetzung zu versinken. Die Aussenminister der in solchen Konflikten involvierten oder unterstützenden Staaten scheinen heute eher zu Anwälten militärischer Siege geworden zu sein, die Waffenlieferungen und eine Weiterführung von Kriegen befürworten und nicht als Diplomaten nach friedlichen Lösungen suchen. Sollten die Interessen eines der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates berührt werden, so wird das ihnen zugestandene Veto nicht als besondere Verantwortung zur Erhaltung des Friedens verstanden, sondern wird zur Waffe einer in Gewalt versinkenden Welt eingesetzt.

Dabei wird das zutiefst Unmoralische mit scheinbar moralischen Argumenten gerechtfertigt. Dazu gehört die Gewalt gegenüber Zivilisten, gegen Mütter und Kinder, Unbeteiligte und gegen Musikveranstaltungen junger Menschen sowie die Zerstörungen von ganzen Wohngebieten, Krankenhäusern und Schulen. Wir nennen dies das Recht zur Selbstverteidigung. Das Problem einer solchen Argumentation ist nur, dass auch die Gegenseite sich auf das Recht auf Selbstverteidigung berufen wird. Damit erzeugen wir eine Spirale der Gewalt. Gewalt rechtfertigt Gewalt. Von der Pflicht, eine solche Gewaltspirale durch Bemühungen für friedliche Lösungen zu durchbrechen, zu der wir uns in der UN-Charta verpflichtet haben, ist heute nichts mehr zu hören.

Was die heutige Situation militärischer Auseinandersetzungen besonders gefährlich macht, ist der völlig fahrlässige Umgang mit Atomwaffen. Im Ukrainekrieg spielen Atomwaffen zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit in einem heissen Krieg eine entscheidende strategische Rolle. Auch im Israel-Palästina-Krieg wurde bereits mit dem Einsatz einer Atomwaffe gedroht. Es ist zu hoffen, dass es «nur» bei Drohungen bleiben wird. Wir dürfen aber darüber nicht vergessen, dass die Atomwaffe die Waffe der ultimativen, vielleicht gar der finalen Zerstörung ist, die letztlich nicht zwischen Angreifer und Verteidiger und auch nicht zwischen Kriegsparteien und Unbeteiligten unterscheiden wird. Diese Drohungen sind Ausdruck eines Wahnsinns, um jeden Preis siegen zu wollen und zu glauben, man könne nur mit der Eskalation von Gewalt Frieden schaffen.

Wollen wir – ja, können wir überhaupt – in einer Welt leben, in der Gewalt das alles beherrschende Prinzip von Konfliktlösungen geworden ist?

Waffen bringen keine Sicherheit

Heute wird Sicherheit wieder in der Bewaffnung gesucht. So haben sich die Militärbudgets in der Welt seit Ende des Kalten Krieges verdoppelt und sie wachsen noch weiter.

Die exponentiellen Entwicklungen der Waffentechnik haben dazu geführt, dass Waffensysteme heute alles an Zerstörungskraft übertreffen, was wir aus der Zeit des Kalten Krieges kennen. Diese Entwicklung schliesst die Modernisierung von Atomwaffen und Lasertechnologien sowie Hyperschallraketen-systeme, Tarnkappentechnologie, unbemannte Marschflugkörper und Angriffsdrohnen, Roboterkriege, Cyberkriege, Weltallkriege sowie den Einsatz Künstlicher Intelligenz ein.

Gleichzeitig sind alle Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildende Massnahmen, die während oder unmittelbar nach dem Kalten Krieg aufgebaut wurden, entweder aufgekündigt, nicht verlängert oder suspendiert worden. Diese Abkommen bildeten ein Sicherheitsnetz, um Waffensysteme zu begrenzen und um Vertrauen aufzubauen. So sollte verhindert werden, dass die mit Nuklearwaffen hochgerüsteten Staaten der NATO und des Warschauer Paktes ungewollt in einen alles vernichtenden Krieg hineinrutschen.

Heute ist dieser Wegfall vertrauensbildender Massnahmen besonders gefährlich, da moderne Waffentechnik einem Gegner immer kürzere Reaktionszeiten auf einen eventuellen Angriff erlaubt. Das erzeugt Unsicherheiten und Misstrauen, und erhöht somit die Risiken eines Weltkrieges. Diese Waffensysteme werden uns also nicht sicherer, sondern im Gegenteil die Welt unsicherer machen. Durch die Komplexität und Schnelligkeit moderner Waffensysteme werden diese immer mehr durch Künstliche Intelligenz gesteuert werden. Der Mensch verliert so immer mehr die Kontrolle über die Entscheidung über Krieg oder Frieden. Eine Welt, in der wir uns hinter immer stärkeren Waffen verschanzen und Entscheidungen zunehmend an eine Künstliche Intelligenz abtreten, kann doch nicht die Welt sein, in der wir leben wollen.

Frieden muss bei uns anfangen

Eine solche Entwicklung wäre nicht möglich, wenn Gewalt nicht in unsere Köpfe eingedrungen und viele unserer Medien und Denkfabriken zu Trommlern der Kriege geworden wären. Unsere Informationsbilder sind heute von Dämonisierungen, Feindbildern, Schwarz-Weiss-Sichtweisen, vom Glauben an Siege, ja, von manipulierten bis hin zu falschen Informationen geprägt.

In dieser Situation zeigen wir im Westen gerne mit dem Finger auf die Anderen: In unseren Selbstdarstellungen sind nur die Anderen schuld. Sie sind die Bösen und wir die Guten, die nun wieder einmal gezwungen sind, die wahren Werte der Menschheit mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Nur, die Realität ist leider eine ganz andere:

Mit der NATO haben sich westliche Demokratien ein gewaltiges Machtinstrument in der Welt geschaffen. Obwohl die Mitgliedsländer der NATO auf kaum mehr als 10 Prozent der Weltbevölkerung kommen, kontrollieren sie beinahe 60 Prozent aller weltweiten Militärausgaben. Die Führungsmacht der NATO, die USA, verfügen in etwa über 750 Militärbasen weltweit. Auch sind NATO-Staaten die grössten Waffenhändler der Welt; sie sind für 70 Prozent des weltweiten Waffenhandels verantwortlich – Waffen, die die vielen Kriege erst möglich machen.

Es gibt keinen anderen Staatenbund in der Welt, der auch nur annähernd über eine vergleichbare Militärallianz verfügt. Wie aber sehen die «restlichen» 90 Prozent der Weltbevölkerung eine derartige Konzentration militärischer Macht in den Händen von wenigen Staaten des Nordens?

Im letzten Jahr hat der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses festgestellt, dass seit Ende des Kalten Krieges die USA unter Mitwirkung anderer NATO-Staaten 251-mal militärisch in anderen Ländern interveniert haben, und diese Zahl schliesst CIA-Operationen oder Proxykriege nicht einmal ein. Diese Militärinterventionen werden oft mit der Ausweitung an Demokratie gerechtfertigt. Aber meines Wissens hat keine einzige von ihnen eine Demokratie errichten können, sondern sie haben nur Zerstörungen, Chaos, Verarmung und unermessliches menschliches Leid hinterlassen.

Es gibt keinen anderen Staat und keinen anderen Staatenbund, der auch nur annähernd für so viele Militärinterventionen in anderen Ländern verantwortlich ist.

Die renommierte Brown University hat in diesem Jahr eine Untersuchung des Krieges gegen den Terror seit 2002 vorgelegt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Krieg durch seine direkten und indirekten Einwirkungen über 4,5 Millionen Menschen das Leben gekostet und 38 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat. Das heisst, dass dieser Krieg mindestens 4 Millionen Zivilisten das Leben gekostet haben muss. Nur schreiben unsere Zeitungen darüber nichts. Nicht einmal im Tod sind wir alle gleich! Das ist Rassismus, denn all diese getöteten unschuldigen Menschen, die wir gerne verschweigen, lebten in Ländern des globalen Südens.

Es gibt also auch keinen anderen Staat oder andere Staatengruppe, die für so viele zivile Opfer die direkte oder indirekte Verantwortung trägt. Wenn wir Frieden wollen, müssen wir uns im Westen zuerst von unserer widersinnigen moralischen Überheblichkeit verabschieden.

Lernen, einander zu verstehen

Wir müssen also etwas ändern. Vielleicht braucht das da nicht viel mehr als die Anstrengung, «zu verstehen», ja auch gerade einen Konfliktgegner zu verstehen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass gerade das Wort «Verstehen» von Kriegsbefürwortern so stark deskreditiert wird. Wie schnell wird man als Russland- oder Putin-Versteher gebrandmarkt.

Aber das Wort «Verstehen» leitet sich ab von «Verstand gebrauchen» und vom Wissen, wo der andere steht. Es hat also eine überaus positive Bedeutung. Ja, wir müssen die anderen besser verstehen, um dadurch einen Konflikt zu entschärfen. Und dazu müssen wir mit ihnen sprechen – oder wie die «Berliner Zeitung» in ihrem Aufruf gegen Gewalt es forderte, wir müssen miteinander kommunizieren. Den Verstand benutzen, sich mit den anderen zu verstehen und fähig zu werden, Frieden zu schliessen. Dabei bedeutet Verstehen ganz und gar nicht, die Meinung eines anderen zu akzeptieren oder gar zu übernehmen. Es meint nur, dem Standpunkt der gegnerischen Seite Respekt zu zollen und sich dementsprechend zu verhalten. Der kleine Schritt, den anderen zu verstehen, zu respektieren, kann zwischen Krieg und Frieden entscheiden.

Und der Rahmen für eine Welt, in der wir uns wechselseitig zu verstehen lernen, ist schon längst abgesteckt mit der UN-Charta, den Allgemeinen Menschenrechten, dem humanitären Völkerrecht und der Charta von Paris für ein friedliches Europa. Wir brauchen also nicht lange zu suchen.

Bald werden auf unserer Erde, die ja nicht viel mehr als ein winziges Sandkorn im unermesslichen Weltall ist, 10 Milliarden Menschen leben. Das wird zu Konflikten führen – hervorgerufen durch den Klimawandel, die Armut sowie den Kampf um limitierte Ressourcen, um soziale Gerechtigkeit, um Wasser, um Land und oft nur um das Lebensnotwendigste.

All das kann friedlich gelöst werden – wenn wir nur unseren Verstand gebrauchen und es gelingt, trotz aller Unterschiede uns zu verstehen und zusammenzuarbeiten. Mehr Waffen würden uns nur in permanente Kriege verwickeln und im schlimmsten Fall die gesamte Menschheit auslöschen. Wir können uns also eine Welt, die im Griff der Gewalt ist, gar nicht mehr leisten.

Dabei sollten wir uns an die Präambel der UN-Charta erinnern, die heute noch genauso aktuell und relevant wie vor 78 Jahren ist, als sie angesichts zweier verheerender Weltkriege geschrieben wurde. In der Präambel wendet sie sich an jeden Einzelnen von uns:

Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,

- künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,
- unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob gross oder klein, erneut zu bekräftigen,
- Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,
- den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in grösserer Freiheit zu fördern, und für diese Zwecke
- Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,
- unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren,
- Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und
- internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern [...]

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=107698>

Eine Studie aus Estland weist nach, dass Genesene im Vorteil sind bei neuerlichen Corona-Infektionen

2. Dezember 2023 / 16:02 Uhr

Steigender Vorteil für Ungeimpfte bei späteren Wellen

Wissenschaftler aus Estland veröffentlichten sie in der Fachzeitschrift «Nature Scientific» und wiesen nach, dass Impffreie, die eine natürliche Immunität nach einer Corona-Infektion erlangten, deutlich besser vor einer weiteren Infektion geschützt waren als Geimpfte, die in der Vergangenheit eine Infektion hatten.

Die Wahrscheinlichkeit, als Geimpfter erneut an Corona zu erkranken, war demnach während der Omikron-Welle 1,13-mal und während der Delta-Welle sogar fast fünfmal höher.

Weniger Krankenhausaufenthalte

Aber die Infektion ist nicht das einzige, wobei die Ungeimpften im Vorteil sind. Laut Studie betrifft dies auch die Hospitalisierung. So war die Notwendigkeit für einen Krankenhausaufenthalt bei Geimpften während der Omikron-Welle im Vergleich doppelt und während der Delta-Welle mehr als siebenmal höher als bei Ungeimpften.



Foto: depositphotos.com Studie:

Natürliche Immunität bietet besseren Schutz als Impfung bei Covid-19

Wieder eine Studie, die nachweist, dass die natürliche Immunität viel besser ist als die Corona-Impfung.

Natürliche Immunität bietet stärkeren Schutz

Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluss:

Unsere Studie hat gezeigt, dass die natürliche Immunität im Vergleich zur impfinduzierten Immunität einen stärkeren und länger anhaltenden Schutz vor Infektionen, Symptomen und Krankenhausaufenthalten bietet.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/216470-studie-natuerliche-immunitaet-bietet-besseren-schutz-als-impfung-bei-covid-19/>

Offener Brief an den (Schweizer) Bundesrat

Von: Elfy und René Roca, 1. Dezember 2023



Das Schweizer Bundeshaus (das Schweizer Regierungsgebäude in Bern), in dem sich die siebenköpfige Regierung endlich wieder an die historische Neutralität der Schweiz halten soll. (Bild Admin)

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Wir möchten Ihnen als Schweizer Bürger unsere Empörung und Enttäuschung über die Politik des Bundesrates zum Ausdruck bringen. Besonders die Aussenpolitik unseres Landes hat komplett ihr Profil verloren und wird nun immer weiter dekonstruiert, zum Beispiel mit der fortgesetzten Annäherung an die NATO. Die Schweiz sitzt dieses und nächstes Jahr im UNO-Sicherheitsrat, angeblich um friedenspolitisch etwas zu bewegen. Unser Land wirkt aber wie gelähmt und verharret in einer Passivität, die unerträglich ist. Sie nimmt Platz am Tisch der Mächtigen und nickt brav die Vorschläge der Grossmächte, allen voran der USA, ab. Wo bleibt die Zivilcourage, als neutrales Land aktiv Vorstösse zu lancieren, die dem Frieden dienen und in den Konflikten unserer Welt die Kultur des Dialoges fördern? Die Schweiz verliert mit ihrem anpasserischen Gebaren immer mehr ihr Selbstbewusstsein als neutraler Staat und ihr weltpolitisches Gewicht, das sie einmal besass.

Der Niedergang der Schweizer Neutralität begann bereits vor 30 Jahren und hat sich seither sukzessive fortgesetzt. Die Schweiz als ehemals diplomatische Grossmacht im Einsatz für den Frieden verlor schon lange vor dem Ukrainekrieg an Einfluss. Dieser Krieg und das Agieren des Bundesrates haben solches besonders deutlich vor Augen geführt. Und nun auch noch der Nahost-Konflikt, der schon 75 Jahre dauert, und den die Weltöffentlichkeit immer wieder vergisst und verdrängt. «Das jüdische Volk und das palästinensische Volk – beide sind Opfer!» So betonte es die palästinensische Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser im Rahmen eines kürzlich gehaltenen Vortrages in der Schweiz. Das Problem sind die jüdische und die Hamas-Regierung, die sich beide gegenseitig vernichten wollen. Die Eskalation des Konflikts – das Ausmass der Gewalt übersteigt die menschliche Vorstellungskraft – war aber, so Farhat-Naser, zu erwarten angesichts der alltäglichen Drangsalierung und Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Regierung und Armee in den besetzten Gebieten.

Die Schweiz müsste den Draht zu allen Konfliktparteien halten oder herstellen und alles unternehmen, um eine Waffenruhe zu erreichen sowie Friedensverhandlungen einzufordern. Sie müsste Katar bei seinen Bemühungen zur Seite stehen. Nur durch diesen offensiven Druck könnte die Schweiz ihr Gesicht wahren, ansonsten versteinert sie noch mehr zu einer Figur, die das Spiel der Macht willfährig mitträgt. Mit der Wiedergewinnung ihrer Konturen als friedensförderndes, neutrales Land wird die Schweiz in diesem Sinn auch die Aktivitäten des IKRK noch besser unterstützen und schützen können. Das IKRK macht nicht Schlagzeilen für die Weltpolitik, sondern pflegt die stille Diplomatie und erreicht nach wie vor viel, wird aber zunehmend bei seiner Arbeit behindert, kritisiert und sogar angegriffen.

Die Schweiz muss im Nahost-Konflikt endlich aktiver werden und ihr aussenpolitisches Profil wieder aufbauen. Wir fordern Sie als Bundesrat inständig auf, sich unmissverständlich einzubringen, die Kriege als solche anzuprangern und zu verurteilen. Haben Sie den Mut stehen zu bleiben und wieder die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit klar und deutlich zu erheben, auch wenn Sie damit gegen den Strom der Mächtigen schwimmen. Die Schweiz muss sich nicht «für eine Seite» entscheiden, sondern als neutrales

Land angesichts des Wahnsinns des Krieges am Faden des Friedensdialoges spinnen. Die Position eines glaubwürdig neutralen Landes war noch nie angenehm, aber die Schweizer Bevölkerung wird hinter Ihnen stehen, das ist unsere Überzeugung!

Elfy und René Roca, Oberrohrdorf

Quelle: <https://globalbridge.ch/offener-brief-an-den-schweizer-bundesrat/>

**Hierzu der folgende Aufruf zum oben abgedruckten Brief:
Sind auch Sie als Schweizer Bürgerin oder Bürger dafür,
dass die Schweiz ihre Neutralität erhalten soll?**

Von: Christian Müller, 4. Dezember 2023

Vor zwei Tagen haben wir hier auf Globalbridge.ch einen «Offenen Brief» an den Bundesrat, die Schweizer Regierung, veröffentlicht. Darin wurde der Bundesrat aufgefordert, die historisch gewachsene Neutralität der Schweiz aufrecht zu erhalten, um bei internationalen Konflikten politisch unabhängig vermitteln zu können. Darauf haben sich zahlreiche Leserinnen und Leser von Globalbridge.ch gemeldet, sie möchten diesen Offenen Brief mitunterschreiben.

Unser Vorschlag ist:

1. Sie drucken den Brief ohne Datum und ohne Unterschriften aus. Wenn Sie hier anklicken, können Sie den Brief downloaden und auf Ihrem Drucker ausdrucken, ohne Namen und ohne Datum.
2. Sie ergänzen den ausgedruckten Brief mit Datum, Unterschrift (von Hand) und Absender-Adresse.
3. Sie stecken diesen unterschriebenen Brief in sieben Briefumschläge und schicken die sieben adressierten Briefe an die sieben hier mitgelieferten Adressen: frankiert A-Post mit CHF 1.10 oder B-Post mit CHF –.90.

Ob sich der siebenköpfige – und, sorry, sturköpfige – Bundesrat davon beeindruckt lässt, ist offen. Aber wir normalen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollten nichts unversucht lassen, unsere Meinungen «oben» anzubringen.

Mit herzlichem Gruss an meine Schweizer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Christian Müller, Herausgeber der Plattform Globalbridge.ch

Quelle: <https://globalbridge.ch/sind-auch-sie-als-schweizer-buergerin-oder-buerger-dafuer-dass-die-schweiz-ihre-neutralitaet-erhalten-soll/>

**Die FIGU schliesst sich voll und gänzlich an, und zwar mit den Worten:
Wer als Schweizerin/Schweizer die Neutralität der Schweiz gefährdet, be-
geht Landesverrat und gehört keineswegs als Mitglied in die Regierung!**

Guantánamo, Psychopathen und Sadisten

Von Peter Haisenko, NOVEMBER 30, 2023

Wenn man über einzigartige Verbrechen der USA gegen die Menschlichkeit spricht, dann fallen zumeist die Namen Hiroshima und Nagasaki. Das greift zu kurz. Neben einer weiteren Vielzahl, die aus der Vergangenheit genannt werden müssen, gibt es noch mindestens ein aktuelles: Guantánamo. Obama versprach, dieses Folterlager aufzulösen, aber es existiert nach wie vor, seit mehr als zwanzig Jahren. Guantánamo ist ein Spielplatz für Psychopathen und Sadisten.

Ich stelle Zahlen an den Anfang, die das ganze Verbrechen gegen alle Grundsätze der Demokratie und Menschenrechte beschreiben: Von den 799 Guantánamo-Häftlingen wurden ganze acht von einem Gericht verurteilt. Drei dieser Urteile sind in Berufungsverfahren aufgehoben worden. Das heisst, dass nur fünf Delinquenten einer Straftat für schuldig befunden werden konnten und diese Urteile sind von Gerichten gesprochen worden, die keinesfalls als unparteiisch oder objektiv angesehen werden können. Irgendjemandem musste für irgendetwas die Schuld angehängt werden, um Guantánamo einen Hauch von Rechtsstaatlichkeit bescheinigen zu können. Doch was sagt uns diese Bilanz?

Von den 799 Menschen, die jahrelang, ja, bis zu 20 Jahre lang, in Guantánamo in Folterhaft eingesperrt waren und 40 immer noch sind, konnten nur 1,6 Prozent als schuldig deklariert werden. Oder anders ausgedrückt, sind 98,4 Prozent unschuldig über lange Jahre einfach weggesperrt und gefoltert worden. Auch diejenigen, denen tatsächlich überhaupt ein Prozess zugestanden worden ist, mussten alle mehrere Jahre warten, unter erbärmlichen Bedingungen, ohne jegliche (Menschen-)Rechte, bis sie Zugang zu einem Gericht erhalten durften. Diese Prozesse, alle, waren kontaminiert von «Geständnissen», die unter Folter erzwungen waren und dennoch vor Gericht zugelassen worden sind. Folter ist in Guantánamo institutionalisiert und abgesegnet, von US-Präsidenten persönlich und ihren hohen Adlaten.

18. ONE HD

Der Mauretanier

21:45 - 23:45 / Spielfilm Großbritannien/USA 2020 (The Mauritanian)

Mit seinem autobiografischen Bestseller "Das Guantanamo-Tagebuch" klagte der Ex-Häftling Mohamedou Ould Slahi die menschenrechtswidrigen Methoden der US-Streitkräfte im Kampf gegen den Terror an. Seine Geschichte wurde von Oscar-Preisträger Kevin Macdonald mit dem packenden Polit-Thriller "Der Mauretanier" verfilmt. In der Titelrolle zeigt Tahar Rahim eine beeindruckende Leistung als Verdächtiger, der jahrelang vergeblich auf die Chance wartet, sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen und unter Folter erzwungene Geständnisse zu widerrufen.

Zurück ins finstere Mittelalter

Jedes «Geständnis», das unter Folter erpresst worden ist, ist wertlos. Man denke da nur an die mittelalterlichen Hexenprozesse. Es ist nur eine Frage der Intensität der Folter, bis jeder alles unterschreiben wird, was man von ihm fordert. Das hat mit Wahrheitsfindung nichts zu tun. Aber die Praxis in Guantánamo ist noch schlimmer. Schlimmer als im Mittelalter. Hatte die «Hexe» «gestanden», wurden ihre Leiden auf dem Scheiterhaufen beendet. Anders in Guantánamo. Dort ist das erpresste «Geständnis» nicht genug. Es wird weiter gefoltert mit der Ansage, der Delinquent hat bestimmt noch nicht sein ganzes Wissen preisgegeben. Wissen, das er nicht hat. Guantánamo ist das Paradies für Psychopaten und Sadisten.

Im Mittelalter war man wenigstens so fair, mit dem «Vorzeigen der Instrumente» zu beginnen. Die Hexe oder der Ketzer konnten dann entscheiden, ob sie sich überhaupt der Folter aussetzen wollten, oder mit einem erlogenen «Geständnis» einem zwar schmerzhaften, aber schnellen Tod den Vorzug zu geben. Diese Option geben die Sadisten in Guantánamo ihren Opfern nicht. Nicht einmal der Freitod wird den Folteropfern zugestanden. Die Sadisten in Guantánamo wissen, dass ein erpresstes Geständnis nichts wert sein kann. Sie wissen, dass sie nicht unterscheiden können zwischen Wahrheit und dem, was ein Gefolterter glauben muss, um weiteren Qualen zu entgehen. Dabei ist es unwesentlich, ob es sich um direkte physische Folter handelt, oder um die brutalen Formen der Unterbringung der Gefangenen.

Die USA sind aufgebaut auf Gewalt und Mord

Es steht ausser Zweifel, dass Guantánamo jeglichen «westlichen» und demokratischen Werten Hohn spricht. Aber Folter, Mord und Gewalt haben eine lange Tradition in der Geschichte der USA. Das Land ist darauf aufgebaut. Ich selbst habe noch Berichte von Betroffenen gehört, die davon erzählten, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg von den Amerikanern gefoltert worden sind. Da wurde das Essen verweigert, einfach nur weil jemand sehen wollte, wie sich Hungerödeme ausbilden. Soldaten haben grossen Männern mit den Gewehrkolben die Füsse zerschlagen, weil sie unten aus der Schlafstatt herausragten. Über die Behandlung von Vietnamesen, die verdächtigt wurden, Vietcong zu sein, gibt es tausende von Berichten und Dokumenten. Man möge nicht vergessen, dass der «Bodycount» befohlen worden ist, bei dem es nicht mehr darauf ankam, ob die Leichen Soldaten des Vietcongs waren. Hauptsache viele Leichen.

Alles das geschah immer mit Zustimmung von allerhöchster Ebene. Ebenso sollte nicht vergessen werden, wie viele Millionen Zivilisten durch amerikanische Bombardements nicht nur ihr Leben verloren, sondern, wenn sie Glück hatten, auch ihre gesamte Existenz. Die Rheinwiesenlager der USA waren schon ein Guantánamo für Millionen junger deutscher Männer. Zwei Millionen von diesen mussten jämmerlich verrecken. Wollte die Bevölkerung die Not lindern, wurde geschossen. Sehen Sie dazu das PDF zum Download am Ende. Es ist ein Bericht eines amerikanischen Soldaten über die Zustände in den Rheinwiesenlagern. Diese Lager waren nach Kriegsrecht unzulässig, aber die USA haben das Kriegsrecht mit einem Trick unterlaufen. Sie haben Kriegsgefangene – POW – Prisoner of War – zu DEF erklärt. Disarmed Enemy Forces. Die unterliegen nicht mehr dem Kriegsrecht. Der Punkt dabei ist aber, dass DEF's nicht in Lagern festgehalten werden dürfen. Schon gar nicht mit Gewalt. Aber wann haben sich die USA jemals an internationales Recht gehalten, wenn es ihnen nicht zupasskam?

Wie die USA internationales Recht umgehen

Das Lager in Guantánamo gibt es nun seit mehr als zwanzig Jahren. Es ist extraterritoriales Gebiet der USA am Ost-Ende Kubas und in seiner puren Existenz schon ein Völkerrechtsbruch. In Guantánamo herrscht US-Militärrecht. Deswegen gelten dort zivile amerikanische Rechte nicht. Deswegen können dort alle diese grausamen Menschenrechtsverletzungen begangen werden. «Rechtmässig». Wie war das mit den Rheinwiesenlagern? Wir sehen also, dass die USA darauf achten, dass sich ihre Psychopaten und Sadisten immer-

hin auf amerikanisches «Recht» berufen können. Weil sie unter Militärrecht stehen, können diese Akteure auch nicht vor ein amerikanisches Zivilgericht zitiert werden. So muss man feststellen, dass alle diese grausamen Rechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen akribisch geplant werden und bis zum Präsidenten hinauf nicht nur genehmigt, sondern gutgeheissen werden.

Wie kann sich also ein Amerikaner, die US-Regierung, erdreisten, irgendjemandem vorschreiben zu wollen, wie man rechtmässig zu handeln hat? Da habe ich Julian Assange noch nicht erwähnt, der in England in Zeitlupe ermordet wird, auf Geheiss der USA. Die USA haben den Irak zerstört, begründet mit Lügen, und das haben sie sogar selbst zugegeben. Hat da irgendjemand die logische Forderung gestellt, die USA müssten Reparationen an das geschundene irakische Volk zahlen? Ach ja, das könnten sie nicht, weil sie sowieso schon lange pleite sind. Aber darf das ein Argument sein? Die US-Regierung lässt jeden umbringen, der zu viel über ihre Schweinereien weiss. Saddam, Gaddafi, Bin Laden, um nur einige zu nennen. Aber sie erdreisten sich, andere Länder zu Schurkenstaaten zu erklären.

Der Wertewesten hat jeglichen moralischen Anspruch verspielt

Allein Guantánamo reicht aus, um festzustellen, dass die USA von Sadisten und Psychopathen regiert werden. Psychopathen, weil sie die Weltherrschaft für sich als rechtmässig reklamieren. Sadisten, weil sie dieses Ziel mit allen Mitteln verfolgen, eben auch mit Mord und Folter. Wo immer sie sind, eben auch im Irak, in Abu Ghreib. Erinnern Sie sich an die Bilder? An die Bilder, wie eine US-Hubschrauberbesatzung aus Lust und Tollerei harmlose Zivilisten einfach niedermähen? Wer das aufdeckt, wird mit Folterhaft bestraft. Siehe Julian Assange oder Chelsea Manning.

Und jetzt kommt der Punkt: Was haben unsere Häuptlinge getan, die immerzu die Werte des Westens beschwören? Nichts, absolut nichts. Wer aber zu all diesen Greueltaten schweigt, wider besseres Wissen, der macht sich mitschuldig. Insbesondere dann, wenn man wie Merkel seine Freude über den Mord an Bin Laden feiert. Mord? Jede «Tötung» ohne vorhergehendes Gerichtsurteil ist ein Mord. Mord, weil es vorsätzlich und heimtückisch geschieht. Wie die tausenden Drohnen-Morde weitab der USA, die selbstverständlich nur der Selbstverteidigung dienen.

Solange es das Foltergefängnis Guantánamo gibt, solange Julian Assange in Folterhaft sitzen muss, solange die USA ihre Soldaten in Syrien stehen haben, nach Belieben Bomben auf souveräne Staaten werfen, solange darf kein Mensch mit Moral und Gewissen auf Seiten der USA stehen. Julian Assange wird langsam und grausam ermordet und kein Staat des Wertewestens erhebt seine Stimme. Aber wenn es um den Rassisten Nawalny geht, dann ist das Getöse gross. Nawalny wurde von einem ordentlichen Gericht schuldig gesprochen, Assange nicht. Ich bin mir sicher, Assange wäre froh, wenn er unter denselben Bedingungen inhaftiert wäre, wie Nawalny. Aber die USA sind ja die Guten und Russland ist ein Schurkenstaat.

Dieser Artikel ist entstanden unter dem Eindruck, den die Doku über einen Gefangenen in Guantánamo hinterlassen hat. Natürlich wurde diese erschütternde Doku nur auf einem Nebenkanal gezeigt, zu später Stunde. Sie können das aber im Internet ansehen, siehe Link unten. Wenn Sie die dokumentierten Grausamkeiten nicht ertragen, dann sehen Sie sich wenigstens die letzten fünf Minuten an. Wie wichtig diese Doku für Menschen mit Gewissen ist, mag man daran erkennen, dass Jodie Foster eine der Hauptrollen spielt.

Die Rheinwiesenlager, wie sie ein US-Soldat erlebt hat:

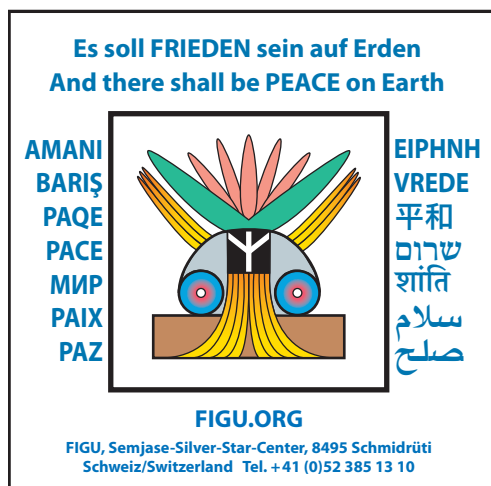
Hier können Sie die PDF herunterladen.

Hier noch ein aktuelles Beispiel, was der Wertewesten bei Abstimmungen in der UNO von Menschenrechten hält:

<https://uncutnews.ch/der-westen-stimmt-in-der-uno-gegen-demokratie-menschenrechte-und-kulturelle-vielfalt-und-foerdert-soeldner-und-sanktionen/>

Hier der Link zur ARD-Doku über Guantanamo: <https://www.ardmediathek.de/video/filme/der-mauretanier-oder-gerechtigkeitsdrama/one/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmtE5ZjNhZGl0OTRlO>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



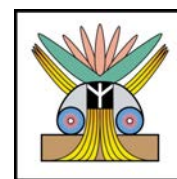
© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz